

Das Oberkommando in den Mächten erhält folgende Bestimmungen:

Bestimmungen

Aus den Meldungen über den Verlauf der gegenwärtigen Streikbewegung in Groß-Berlin habe ich erfahren, daß sich ein Ausschuss der Ausständigen unter dem Namen „Arbeiterrat“ gebildet hat, um die einschlägige Leitung des Streiks in die Hand zu nehmen.

Die Ausständigenbewegung, die unter Abhängigkeit gesetzlicher Bestimmungen ins Leben getreten ist, gefährdet die öffentliche Sicherheit.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand habe ich hiermit den geeigneten Ausschuss auf und verleihe ihm jedes weitere Befehlswort.

Gleichzeitig verleihe ich jede Befehlswort irgendwelcher Art zur Leitung der gegenwärtigen Streikbewegung.

Der Oberbefehlshaber in den Mächten.
von Kessel, Generaloberstl.

Tagung des Partei-Ausschusses

Der sozialdemokratische Parteiausschuss war für gestern abend nach Berlin einberufen, um zu der durch die Ausdehnung des Streiks geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Er beriet, wie die „Vollst. Zeitung“ berichtet, über die Aufstellung eines eigenen Programms, das eine geeignete Grundlage für Ber-

handlungen mit der Regierung bilden soll. Wesentlich sei die Beschränkung auf innerpolitische Forderungen und die Streikung aller von den ausländischen Arbeitern geäußerten Wünsche außerpolitischer Art. Insbesondere besaß sich der Ausschuss auch mit der Beratung von Maßnahmen, um einer Übertragung zum Streik im Rückzugsweg wirksam entgegenzutreten.

Die Streikbewegung im Reich

Ueber den Ausstand in Hamburg meldet der „Hof- und Staatsanzeiger“: Aus Anlaß des Streiks der Hamburger Werftarbeiter ist von dem Stellvertretenden Generalkommando des 9. Armeekorps der verstärkte Kriegszustand in Hamburg, Altona und Wandsbek verfügt worden. Die Zahl der Streikenden in Hamburg beträgt 25 000. Eine am Mittwoch ergangene Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos besagt, daß die Kriegsbetriebe unter militärische Beihaltung gestellt werden und daß die Arbeiter, die bis zum 31. Januar nicht zur Arbeit erscheinen, zum Wehrdienst einbezogen werden.

W.B. München, 30. Januar. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der verschiedenen Betriebe beschloß gestern abend den Streik auf drei Tage gegen die Stimmen des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Ferner meldet die bürgerliche Presse Streikbewegungen aus Kiel, Magdeburg, Rheinland-Westfalen, Sachsen und anderen Gegenden Deutschlands.

Regierungen haben werden, die bereit sind, deutsche Siegerbedingungen zu akzeptieren als Lenin und Trotski?

Gyren hat ausdrücklich der Vorgänge in Wien eine Erklärung abgegeben, die eine Wendung der Politik in Oesterreich bedeuten kann.

„Ich hoffe und dürge da'ir, daß der Friede unfererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe.“

Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsschadigungen.

Wir wollen nur ein freundschaftliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.“

Es wird immer klarer in die Erscheinung treten, daß Oesterreich auf keinen Fall eine Politik irgendwelcher Machterweiterung mitmachen wird. Versuchen Sie also gar nicht, eine Politik zu treiben, die die große Masse des deutschen Volkes mit Entschiedenheit ablehnt.

Schließen Sie mit Rußland den Frieden, den Sie in 24 Stunden haben können:

den Frieden ohne offene oder versteckte Annexionen, den ehrlichen Dauerfrieden ohne Machterweiterungs-Hintergedanken. Und wenn Sie den haben, kann Sie mit der Offenheit des Weltfriedensgedankens gegen den Westen vor.

Niemand sollte sich taub und blind stellen gegen das, was in den Reden von Wilson und Lloyd George für die wachsende Friedensneigung im Westen spricht. Der Reichskanzler hat durch seine Rede gezeigt, daß er für die Bedeutung besonders der Wilsonrede vollkommene Beachtung ist. Leider hat er dann gesagt, so spreche niemand, der den Frieden ehrlich wolle. Das hat mich im höchsten Maße überrascht, nach allem, was der Reichskanzler sonst gesagt hat. Man mußte annehmen, nachdem der Reichskanzler erklärt hatte, daß man über die vier ersten Programmpunkte Wilsons zu einer Verständigung gelangen könnte, daß er dann zu einem anderen Schluß kommen würde. Diese vier Punkte sind von so ungeheurer Wichtigkeit, daß nach einer Einigung auf sie die Schwierigkeiten, die sich aus territorialen Fragen ergeben, viel leichter überwindbar erscheinen.

Im engsten Zusammenhang mit Punkt 4 steht auch der Punkt 14 über den Verband der Völker. Hierüber hat sich der Reichskanzler dann weniger befriedigend ausgesprochen. Warum erklärte er sein Einverständnis unter der Voraussetzung, nachdem er die anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden.

In den feindlichen Lagern stehen die Dinge so, daß die gemäßigten Richtung Frankreichs den Kampf auf Leben und Tod mit Clemenceau führt, während sie in Wilsons und Lloyd Georges Politik bereits zum Durchbruch gekommen ist.

Ich will auf die Anrede von Lloyd Georges nicht eingehen, dem Beispiel des Kanzlers vielmehr folgen und mich nur an die Vorschläge Dr. Wilsons halten. Die Sache ist doch vielfach ganz anders an als der Reichskanzler.

Ueber elf Punkte wäre meines Erachtens eine glatte Verständigung schnellstens möglich. Von Elsaß-Lothringen heißt es bei Wilson, das Unrecht „sollte“ wieder gutgemacht werden.

Hier muß Herr Wilson klargemacht werden, daß es da nichts gutzumachen gibt; Elsaß-Lothringen ist deutsches Land und bleibt es.

Daß, was deutsch ist, in deutschem Besitz bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Wegen der die Türkei betreffenden Fragen muß eine Verständigung möglich sein, ohne daß Deutschland der Treulassigkeit gegenüber der Türkei geziehen werden könnte. Ich halte es für unmöglich, von den Wilsonschen Vorschlägen zu sagen, daß sie, weil sie einige unannehmbare Punkte enthalten, überhaupt nicht an Verhandlungsfähigkeit erörtert werden könnten. Ein hares Wort muß gesagt werden über Belgien. Denn Elsaß-Lothringens wegen werden weder Amerika noch England den Krieg jahrelang ohne jede Aussicht auf Erfolg fortsetzen wollen.

Wenn ein hares Wort über Belgien gesprochen wird, dann ist die Kriegstreiber in England zu Ende.

Hören Sie, was Philipps Snowden, ein sehr angesehener und einflussreicher englischer Sozialist, an Albert Thomas, den französischen Sozialisten und Exministersminister auf dessen elsäß-lothringische Forderung geantwortet hat:

„Thomas achtet nicht auf die geschichtliche Seite des Problems vor 1871 und lasse gänzlich aus dem Auge, daß die Zersplitterung der beiden Provinzen der Raie und Sprache nach weit überwiegend deutsch seien und immer deutsch gewesen seien, und daß 1871 selbst nach der zweifelhafte französischen Oskupation über 80 Prozent deutsch als Muttersprache sprachen. Die britischen Sozialisten erkennen die internationale Bedeutung der elsäß-lothringische Lösung, wobei es ihnen gleich ist, ob die Provinzen bei Deutschland blieben oder wieder französisch würden. Snowden betont, daß Thomas keineswegs die gesamte französische Sozialistenpartei und schwerlich deren Mehrheit vertritt. Er, Snowden, könne dagegen versichern, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen Englands nicht „Menschen, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich insstand zu setzen. Elsaß-Lothringen wieder zu gewinnen. Die britischen Soldaten fragen, was Elsaß-Lothringen mit dem Kriege und der Befreiung Belgiens zu tun habe.“

Snowden schließt: Nicht im Elsaß-Lothringens willen haben fünf Millionen unserer Landsleute freiwillig die Waffen ergriffen, nicht darum hat das Land die Militärpflicht über sich ergehen lassen.“

Dem brauche ich wohl nichts hinzuzufügen. Wir Sozialisten haben keine Urfahe, fremde Regierungen etwa besser und höher einzuschätzen als die eigene. Wenn wir diese wegen mancherlei Unklarheiten oft genug angeklagt haben, so stellen wir fest, daß auch die Reden und Schriften von Lloyd Georges und Wilsons vielfach an Klarheit und Eindeutigkeit zu wünschen übrig lassen.

Aber das kann nicht bestritten werden, daß in den beiden letzten Kundgebungen dieser Herren die Bereitwilligkeit zum Frieden erkennbar ist.

Und einen Verständigungsfrieden wollen wir doch. Der Reichstag hat ihn am 19. Juli einwandlos verlangt. Die Regierung hat sich auf den Boden dieser Forderung gestellt. Daraus ergeben sich die notwendigen Folgerungen von selbst.

Wenn Vergewaltigungen in dem zu schließenden Frieden ausgeschlossen sein sollen, ist der Standpunkt unhaltbar, daß beispielsweise der kurländische Landesrat dem Volkswillen Ausdruck gegeben hat, wenn er sich für den Anschluß an Deutschland ausspricht.

Dieser Landesrat in Kurland legt sich folgendermaßen zusammen: Ein Drittel aus der Ritterschaft, die ist deutsch, ein Drittel aus Stadtparlamenten, die sind deutsch, ein Drittel aus der Bauernschaft und der Geistlichkeit, letztere ist auf Grund von Patronatsrechten deutsch.

Mindestens 90 Prozent der Mitgliedschaft des kurländischen Landesrats sind deutsch, aber in der gesamten Bevölkerung Kurlands sind nur fünf Prozent Deutsche, dagegen mehr als 90 Prozent Letten.

Und diese Herren sollen dem Volkswillen Ausdruck gegeben haben? Der Herr Reichskanzler erklärt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte loyal durchgeführt werden. Gut. Sorgen Sie dafür, daß es geschieht. Der Volkswille muß klar und unzweideutig zum Ausdruck kommen können. Wir verstehen uns nicht darauf, daß das unter allen Umständen durch ein Referendum erfüllt müßte. Es kann sehr wohl auch geschehen durch eine Konstituante, die auf Grund eines wahren demokratischen Wahlrechts gewählt worden ist. Mit Philipp Snowden sehen meine Freunde und ich

die Zeit der Verhandlungen gekommen. Wenn früher deutsche Friedensangebote von den Gegnern abgelehnt worden sind, ist bei uns kein Grund zu sein. Wir sollten nicht in denselben Fehler verfallen. Hören Sie die Stimme der englischen „Nation“, eines wahrhaftigen Friedensblattes:

Sozialdemokratische Friedensreden

Scheidemann für den Weltfrieden

In der Debatte im Hauptausschuß des Reichstages, die der Rede des Kanzlers folgte, führte

Reichstagsabgeordneter Scheidemann (Soz.) aus:

Wir leben in einer Zeit der schwersten Konflikte und folgenschweren Entscheidungen. Ein Blick in die Presse zeigt, mit welcher Beschäftigung der Kampf geführt wird.

Ebert und ich werden bereits wieder als Landesverräter bezeichnet, die auf dem Sandhaufen erschossen werden müssen.

Die Zahl der Dreh- und Schmpfriebe, die wir täglich bekommen, wächst immer mehr an. Das bezeichnend ist, daß diesen meist anonymen Zeitschriften, Fingblätter und sonstigen Agitationsmaterial der Vaterlandspartei beigelegt sind. Ich will nur wenige Sätze darüber sagen:

Die neutralistischen Dabelfrieder, die bereit sind, den letzten Tropfen Blut der anderen zu opfern, können bei mir keine Gefühle des Hasses erwecken. Teilweise legen wir die Briefe mit Verachtung beiseite, zum Teil aber erinnern sie uns an die Hauptfiguren des unsterblichen spanischen Cervantes: Don Quixotte und Sancho Panza.

Nun zur Sache. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber. Die eine ist der Meinung, daß in wenigen Monaten der Krieg mit einem zerschmetternden Erfolg beendet werden könne. Die andere glaubt das nicht. Die eine Partei verlangt einen Verständigungsfrieden, die andere will den Nachfrieden.

Den Staatsmann, der aus diesem Kriege ohne Songwa und Krieg zurückkommt, ohne daß Feigen in unserer Hand bleibt, die flandrische Küste dem englischen Nachbereich entzogen ist, und die Westküste unserer Interessen gerichtet wird, würde die Geschichte den Totengräber deutscher Macht nennen.“

Das ist nicht etwa eine Stimme aus der Maison de Santé (Anstalt für Geistesranke) in der Schöneberger Hauptstraße, sondern das ist ein Satz aus einer Rede des nationalliberalen Abg. Fuhrmann im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Rechnung der „Schwertsieger“ rührt sich erstens auf den U-Boot-Krieg, zweitens auf die Offensivkraft des Landheeres. Von dem U-Boot-Krieg hier es in einer Denkschrift aus dem Jahre 1916, daß er binnen sechs Monaten einen vollen durchschlagenden Erfolg haben werde. Dieser Termin ist inzwischen erheblich überschritten. Man trauet mit nicht den Unfinn zu, daß ich etwa sagen könne, der U-Boot-Krieg sei wirkungslos gewesen, ach nein! er schädigt England gewiß tödlich. Jeder Engländer spürt ihn am Mittagstisch.

Der wahre Erfolg des U-Boot-Krieges ist doch der Eintritt Amerikas in den Krieg.

Die russische Revolution, ohne daß Amerika in den Krieg eingetreten wäre, hätte uns sicherlich längst den Frieden gebracht. Und jetzt? Jetzt stehen wir wieder genau wie vor einem Jahre vor einer Entscheidung von ungeheurer Tragweite. Hoffentlich läßt man sich nicht wieder durch falsche Prophezeiungen beeinflussen. Ich komme zum zweiten Faktor der Schwertsieger: der Offensivkraft des Landheeres.

Nehmen Sie an, wir würden Calais und Paris nehmen — denn das soll ja das Ziel, wie man im Ausland erzählt, der nächsten Kampfe sein — nehmen Sie an, ein solcher Durchbruch wäre vollkommen gelungen, wäre das der Frieden? Ja sage: Nein!

Das ist ja gerade das Entgegengesetzte, daß der Kampf immer weiter geht, obwohl man auf beiden Seiten längst eingesehen haben sollte, daß auf Grund einer großen militärischen Entscheidung dieser Krieg nicht beendet werden kann. Wir haben ganze Staaten überannt, wir haben feindliche Regierungen außer Landes gejagt und trotzdem haben wir keinen Frieden. Und wenn schließlich die Jugend Deutschlands und Frankreichs verblüdet wäre und wir hätten England und Frankreich vollkommen geschlagen — hätten wir dann den Frieden mit Amerika?

Nun hat bei diesen Kriegen etwas Neues nicht in Rechnung gestellt: die Kenderung der Psychologie der Völker.

Der Fortschritt der Demokratie hat die feindliche Defensivkraft gesteigert in ungeschätzbarer Weise. Bei uns und bei den anderen! Nicht in unserer Herrschaft liegt die Last, an dem wir liegen würden, wir sind bestrebt, wir akzeptieren Eure Bedingungen. Ebenjowasig aber jede ich den Tag, an dem Franzosen, Engländer und Amerikaner sagen: Wir sind gegen Deutschland wehrlos, wir wollen keine Friedensbedingungen annehmen.

Denn es aber so steht, dann sollte man nicht alles auf die Karte des großen Erbhabers im Westen setzen. Welche Politik macht sich übrigens vornehmlich in der ausländischen Presse geltend? Früher konnten wir uns an dem Frühlingskum, mit dem neuen Willen und neuen Sinnen empfang, der Freude und ein höchsten Glück selbst für die Menschen brachte.

Jetzt wird vom Frühlings geredet, der selbstverständlich eine neue Offenheit bringen mag, mit neuen ungeheuren Dimensionen.

Wird es nicht als diese Defensivkraft, die keine Wiene verzeihen, wenn von den feindlichen Opern gesprochen wird. Hören Sie, was heute die „Deutsche Zeitung“, dieses Räuberblatt der Vaterlandspartei, schreibt:

„In den Kreisen, die von den Gebotsforderungen der Berliner Wilhelmstraße erfüllt sind, würde man mit dem Hinweis darauf, daß eine entsprechende militärische Aktion im Westen nicht ohne Erfolg zu erwarten ist, beschließen.“

Nehmen Sie billig wie Brombeeren für diese Herrschaften. Ich glaube, daß alle bisherigen Regierungen für die Verantwortlichkeit des Krieges nicht gehabt haben, keine der bisherigen Regierungen des Westens. Es ist nicht man bis auf den heutigen Tag, wie die Rede des Reichskanzlers gezeigt hat, noch eine Disposition anzustellen.

Ich erinnere Sie daran, wie Beihmann Holweg und Helfferich sich über den U-Boot-Krieg ausgesprochen haben. Und doch haben sie schließlich den U-Boot-Krieg gemacht. Jeder verantwortliche Politiker muß sich, wenn er allein im stillen Kämmerlein ist, fragen, es ist unerheblich, was gewisse Phantasien wollen; aber daraus sollte auch jeder einzelne die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Sekt der

Diplomatischen Katastrophe am 27. Dezember 1917

Ist ein Monat verflossen, ohne daß wir in Brest-Litowsk ernstlich weiter gekommen wären. Welcher Teufel hat unsere Diplomaten geirrt, daß sie zwei Tage nach dem 25. Dezember einen solchen Galen schlugen? Ich traue weder Herrn von Kühlmann noch dem Grafen Gyren eine solche große Ungeschicklichkeit an eigenem zu. Wer hat da mitgewirkt? Die Erklärung vom 27. Dezember hat nicht nur den Erfolg der Friedensverhandlungen gefährdet, sondern auch im Innern wenig erfreuliche Wirkungen gehabt. Denn viele haben sich gesagt, dieser Widerspruch wird unseren Gegnern willkommenen Anlaß sein zu der Behauptung, daß unfererseits zweideutig verfahren worden ist. Von den Konferenzen in Berlin wurde gesagt, sie hätten nichts in der Politik der Regierung geändert.

Die Politiker der Rechten dagegen sagen, daß die Resolution vom 19. Juli zum alten Eisen geworfen sei und die Militärs hätten Garantien für die Durchführung ihrer Forderungen erhalten.

Herr von Tirpitz hat nach seinem Besuch beim Reichskanzler, und zwar vor den Konferenzen, ein Rundschreiben an seine Getreuen erlassen, in dem er sagt: „Habt keine Sorge, die Vaterlandspartei und der Reichskanzler sind einig, die Lebensnotwendigkeiten werden gewahrt werden.“ Wir alle wissen, was die Vaterlandspartei unter Lebensnotwendigkeiten versteht. Hat der Herr Reichskanzler dem Großadmiral Tirpitz berechtigten Anlaß zu einer solchen Behauptung gegeben oder nicht?

Der österreichische Generalkrieg

Alles dies hat in Deutschland große Erregung hervorgerufen, mehr aber noch in Oesterreich, wo sie sich endlich im Generalkrieg. In Oesterreich ist die Ueberzeugung leider allgemein, daß die deutsche Politik in amerikanisches Fahrwasser gekommen ist. Ich habe selbst in einem österreichischen Blatt gelesen: das Deutsche Reich hintertreibt den Frieden. Bei dem arden Zustand in Wien ist man achtungsvoll um die feierlichen Gebäude herumgezogen.

Kein Wort ist gefallen gegen Kaiser Karl. Dagegen hat es nicht an Schmähreden auf den Deutschen Kaiser gefehlt. Gewiß hat das der Kaiser von Deutschland nicht verdient. Wenn es so gekommen ist,

dann hat er das zu danken den unverantwortlichen Schwärmern der „Vaterlandspartei“.

Hat doch eines der führenden Blätter der konservativen Partei die Lösung ausgegeben: Was von Oesterreich! Unsere Regierung und unser Parlament halten es für eine Selbstverständlichkeit, die besten Beziehungen zu Oesterreich auf das Innigste zu pflegen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: los von den Bundesgenossen, damit wir freie Hand bekommen.

Diese Gesellschaft bringt es fertig, auch noch die eigenen Bundesgenossen gegen uns aufzubekken. Der Regierung will ich folgendes erklären: — Ich betone, daß mir jegliche persönliche Antipathie fernliegt —

Sagen Sie sich los von solchen Einflüssen, machen Sie sich vollkommen frei, und wenn Sie das nicht können, dann gehen Sie lieber!

Wenn Sie den Frieden mit Rußland nicht zustande bringen können, gehen Sie, bevor Sie hinweggefegt werden! Machen Sie ein Ende der Politik der Zweideutigkeit und Verschleiernag.

Wenn man glauben möchte, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Obersten Heeresleitung bestehen? Wie groß viele Meinungsverschiedenheiten sind, hat die Rede des Generals hofmann in Brest-Litowsk gezeigt. Der General ist bekannt als ein glänzender Soldat. Er gilt als einer der politisch klügsten Generale, er ist einer von denen, für die es noch einen anderen Fortsetzungskreis gibt als den rein militärischen. Ein Mann, der sich der allgemeinen Hochachtung erfreut!

Aber wenn selbst dieser Mann die Verhandlungen beinahe gepörragt hätte, so zeigt das, wie wenig unsere Militärs am Platte sind, wo es gilt, politische Gegensätze auszugleichen.

In eigenen Lande läuft die Militärschicht ja auch darauf hinaus, alle politischen Gegensätze auf die Spitze zu treiben.

Ich erinnere an die Debatten, die wir erst in diesen Tagen über die Jenua gehabt haben. Der hatte da nicht das Gefühl, daß es so nicht weitergehen könne. Unser Militär soll sich befähigen auf seinem ureigenen Gebiete, auf dem politischen Gebiete kann es nur Schaden anrichten.

Für uns gilt dies: Vaterlandsvorbedingung ja — aber keinen Militarismus, keine politische Militärschicht, keine politisierenden Generale!

Heute ist die Situation vollkommen verfahren. Wir hätten den Frieden mit Rußland haben können, diese Möglichkeit ist zunächst verschwindet und damit ist auch die russische Regierung erfüllt, die allein mit uns Frieden schließen wollte. Hier hat man verbreiten wollen, die Konstantin hätte der bolschewistischen Regierung Opposition gemacht, weil sie den Frieden nicht schnell genug abgeschlossen habe.

Ich will kein Tölpelwort über mich selbst erheben, weil ich dem deutschen Imperialismus zu weit entgegengekommen bin.

Am der Zeit ist die bolschewistische Regierung in ihrem Friedensbestrebungen weniger engagiert als die Soldaten und der rechte Flügel der Sozialdemokraten gehen wollten. Was glauben Sie, wie lange es noch dauern wird, bis Rußland, Frankreich, England und Amerika

Die Streifbewegung in Danzig

Schon seit längerer Zeit herrschte in der Danziger Arbeiterschaft große Erbitterung über das Treiben der Reaktionsäre, Scharfmacher und Kriegsheher. Die Vaterlandspartei behaupteten immer wieder, daß die Wehrheit des Landes hinter ihnen stände. Kein Wunder also, wenn sich die Massen der Arbeiterschaft sagten, daß den Herrschenden einmal gezeigt werden müsse, wie sehr das Volk ihr Treiben achtet. Aus diesem Beweggrunde entstand aus den Massen selbst hier in Danzig die Streifbewegung. Die Vaterlandspartei begründeten ihre lärmende Agitation damit, daß sie die Regierung den Rücken steifen wollen, damit diese einen „deutschen Siegesfrieden“ durchsetze. Der Regierung den Rücken steifen will aber auch die streikende Arbeiterschaft, damit erstere einen halbigen aufrichtigen Verständigungsfrieden schließt, für den sie sich mehrmals ausgesprochen hat. Und der Regierung den Rücken steifen will die streikende Arbeiterschaft, damit die vom König und der Regierung feierlich versprochene Wahlreform sofort durchgeführt wird. Das waren die Beweggründe für die Massen der hiesigen Arbeiterschaft, als sie Dienstag früh in Streik traten. In einer Schar von mehreren Tausend Mann zogen sie von den Werften nach dem Innern der Stadt, und dann hinaus zu der historischen Stätte der Danziger Arbeiterbewegung, dem Steppuhnschen Lokale in Siedlich. Fünf- bis sechstausend Mann versammelten sich im Garten. Parteisekretär Genosse Gehl übernahm das einleitende Referat. Er führte folgendes aus:

Die heutige Streifbewegung ist aus den Massen selbst heraus entstanden, diese sind auf das Heftigste erbittert über das Treiben der Vaterlandspartei, die mit ihrer wüsten Agitation den Verständigungsfrieden hinterreiben will. Das preußische Volk soll nach Ansicht dieser Herrschaften weiter enteignet bleiben. Im Preussischen Abgeordnetenhaus wird die Wahlrechtsvorlage der Regierung durch die Machenschaften der Junker und Scharfmacher verschleppt und schon heute kann man feststellen, daß für das deutsche Wahlrecht im Dreiklassenparlament keine Mehrheit vorhanden ist. Das Volk wird so um seine einfachsten Rechte betrogen. Im ihrem Unwillen mit diesen Zuständen energisch Ausdruck zu verleihen, sei die hiesige Arbeiterschaft in den Streik getreten. Den Gedanken des Vaterlandsverrates weisen die Streikenden weit von sich. Aber wenn die Vaterlandspartei mit einem Streik der Generale droht, könne man es den Arbeitern nicht verargen, wenn auch sie zu diesem Mittel greifen. Die Arbeiterschaft fordere vor allem einen sofortigen demokratischen Verständigungsfrieden, umgehende Erledigung der preussischen Wahlreform auf demokratischer Grundlage, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur und sofortige Einberufung des Reichstages. Redner schlug dann vor, eine Kommission zu wählen, die diese Forderungen dem Regierungspräsidenten und dem Kommandantur unterbreite.

Als Vertreter der Unabhängigen sprach der Lithograph Eberlein. Er führte aus, daß die Arbeitskraft der einzige Besitz des Proletariats sei. Sie sei auch seine wichtigste Waffe und er könne sie verkaufen, wann und wem er wolle. Auf Vorschlag des Generalkriegs wurde dann eine Kommission gewählt, die sich zusammensetzte aus drei Vertretern der sozialdemokratischen Partei und zwei Vertretern der Unabhängigen. Diese gewählte Kommission sollte mit den vorhin genannten amtlichen Stellen verhandeln und nachmittags Bericht erstatten. Aus der Masse heraus erschollen mehrfach Rufe: Wir

wollen Frieden. In ruhiger Ordnung zogen dann die Arbeiter wieder nach der Stadt zurück. Nachmittags um 3 Uhr versammelten sich die Streikenden wieder im Steppuhnschen Lokale. Abermals war es eine gewaltige Menge, etwa 5000 bis 6000 Mann. Auch eine Anzahl Frauen bemerkte man. Genosse Gehl erstattete den Bericht der vormittags gewählten Kommission. Dieselbe habe je eine Stunde auf der Kommandantur und beim Regierungspräsidenten verhandelt und dort die Forderungen der Arbeiterschaft unterbreitet. Der Regierungspräsident habe sich bereit erklärt, dieselben nach Berlin weiterzugeben. Nur sei er der Meinung gewesen, daß ein Streik nicht notwendig wäre, weil davon nur unsere Feinde Vorteil hätten. Diese Ansicht hätten auch einige hiesige bürgerliche Zeitungen ausgesprochen. Wenn aus der Arbeitsniederlegung für das Reich ein Nachteil entstünde, so sei das Schuld derjenigen Kreise, die jede noch so sehr berechtigende Forderung des Volkes bisher abgelehnt hätten. Der Vorwurf des Landesverrats treffe deshalb die streikenden Arbeiter nicht. Borerst müsse man abwarten, ob die jetzt erhobene Stimme des Volkes Gehör finden würde, und ob die vorhin genannten Forderungen erfüllt würden. Bis dahin werde die Arbeiterschaft Gewehr bei Fuß stehen. Der Vertreter der Unabhängigen Eberlein führte aus, daß dies das erste Mal sei, daß die Arbeiter in einem politischen Streik traten. So sehr sie auch die Not des Krieges drücke, habe man doch keine wirtschaftlichen Forderungen gestellt. Auch er wies den Gedanken des Landesverrates ganz entschieden zurück. Für die englischen und französischen Kapitalisten habe er ebenso wenig Sympathien, wie er für die deutschen. Auch gebe er zu, daß die englischen und französischen Arbeiter in der Friedensfrage nicht richtig gehandelt hätten. Deshalb müßten die Deutschen jetzt mit gutem Beispiel vorangehen. Er begründete noch mehrere Forderungen lokaler Natur. Die wegen der Straßendemonstration Verhafteten müssen freigelassen werden, Maßregelungen wegen der Streifbewegung dürfen nicht stattfinden.

Nach Eberlein sprachen noch acht Redner. Die meisten erklärten sich dafür, die Arbeit am Mittwoch noch nicht aufzunehmen, was auch der Ansicht der Versammlung entsprach.

Am Mittwoch nachmittag fand wieder eine Versammlung statt. An diesem Tage war auch ein großer Teil der Schicharbeiter in den Streik getreten. Die am Tage vorher gewählte Kommission erstattete Bericht über ihre nochmalige Rücksprache mit der Kommandantur. Dies habe zugelegt, daß wegen der Streifbewegung keine Maßregelungen stattfinden und daß die Inhaftierten bis auf einen freigelassen werden sollten. Kommission und Vertrauensmänner waren übereingekommen, der Versammlung zu empfehlen, die Arbeit am Donnerstag früh wieder aufzunehmen. Hierfür erklärten sich auch alle Diskussionsredner. Wie die Bewegung einig und geschlossen ihren Anfang genommen hätte, müsse sie auch beendet werden. Die Arbeiter werden auf dem Posten sein, daß ihre berechtigten Forderungen nicht noch weiter verschleppt werden. Um aber in Organ zu haben, daß in Zukunft die Interessen der Massen wahrnimmt, wurde beschlossen, auch in Danzig einen Arbeiterrat zu wählen. Dieser soll sich zusammensetzen aus 5 Vertretern der sozialdemokratischen Partei, 5 der Unabhängigen Sozialdemokratie und aus Vertrauensmännern der einzelnen Betriebe. Als ein Vertreter auch Vertretung der unorganisierten forderte, wurde ihm von der Versammlung be-

deutet, daß es heute Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Einige Streifhähne, denen die so prächtig und eifrig erlaufene Bewegung wohl nicht gefiel, verlangten, daß nur „Unabhängige“ im Arbeiterrat Mitglied sein sollten. Die Massenversammlung wies aber diesen Vorschlag einstimmig zurück. Auch eine Vertreterin der streikenden Frauen nahm das Wort. Ihre Geschlechtsgenossinnen hätten sich leider in noch zu geringer Anzahl an der Bewegung beteiligt. Aber auch die Frauen sind bereits zur Erkenntnis gekommen, daß es gilt, an der Seite des Mannes den Kampf für die Freiheit und den Frieden zu führen. Seiden doch gerade die Frauen am meisten unter der Not des Krieges. Allerdings nicht die Damen der wohlhabenden Kreise, die verschlafen und noch unreflektiert aus den Fenstern kuckten, als die Massen der Streikenden heute früh die Straßen durchzogen. Die Frauen des Volkes; die bisher schon zur Erkenntnis gekommen sind, werden auch weiter ihre Pflicht am beharrlichen Bekampf der Ausföhrungen dieser Rednerin.

Besondere Erbitterung herrschte unter den Streikenden über das Verhalten der bürgerlichen Presse, vor allem der „Danziger Neuesten Nachrichten“. Ein Redner forderte die Anwesenden auf, dieses arbeitserindliche Blatt abzubestellen. Mögen alle Versammlungsbesucher diesem Wunsche Rechnung tragen und immer mehr für die Ausbreitung unserer „Volkswacht“ arbeiten. Die hiesige bürgerliche Presse schwafelt viel von „Landesverrat“, „Vaterlandsverrat“ usw. Die konservativen „Allgemeine Zeitung“ schreibt, daß die Streikenden im Dienste der Bolschewiki und Engländer stehen. Wenn die Arbeiter in den Kampf für ihre Rechte eintreten, sind sie also nach Ansicht dieses Organs von den Feinden befohlen. Die Arbeiterschaft aber möge aus der so prächtig machtvoll und eifrig erlaufene Bewegung erkennen, daß es vor allem gilt, die Organisationen und die Presse der Arbeiterbewegung weiter auszubauen.

Die Bewegung bei Schichau

Große Bewegungen haben ihre Auswirkungen. Sie beeinflussen viele nicht direkt mit ihnen in Verbindung Stehende. Auch Bevölkerungsschichten, die sich an bestimmte Bewegungen nicht beteiligen, werden mehr oder weniger stark von ihnen ergriffen. Die sich an den politischen Streik der letzten Tage nicht vollständig beteiligenden Arbeiter der Schichau-Werft waren naturgemäß trotzdem restlos durch denselben in eine erregte Stimmung versetzt, so daß es nur eines geringen Anlasses bedurfte, um sie zum Ausstand zu veranlassen.

Die christlichen Gewerkschaften hatten sich gegen einen politischen Massenstreik ausgesprochen, und ihre Mitglieder einer Beteiligung an solchem abgeraten. Er them hatten sich eine Anzahl in christlichen Gewerkschaften organisierte Arbeiter an der Ausstandsbewegung beteiligt. Auf der Schichau-Werft glaubte man, jetzt eine günstige Gelegenheit zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, wie Anerkennung des Schiedspruches, Wahl eines Arbeiter-Ausschusses usw. zu haben. Die Belegschaft war — wie bei der herrschenden Stimmung nur zu erklärlich — bald zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt. Am Mittwoch früh 8 Uhr lag der Betrieb der Firma still.

Eine um 10 Uhr vormittags, von dem christlichen Gewerkschaftsleiter einberufene Betriebsversammlung beauftragte den Krankenkassen-Vorstand, drei aus der Ver-

Der Gang des Weltkrieges

Richard Gacke, früherer Oberst.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Zeit kriegerischer Ebbe. Die ungeheure Sturmflut des Jahres 1917 ist vorübergebraust, aber vor uns schwillt am Horizont die kommende Flut bereits mächtig an. Wir werden sie noch bestehen mit wackelnden Segeln und voller Maschinenkraft das Schiff unseres Staates durch ihre Wogen hindurchfahren müssen, ehe wir in den ersehnten Port des Friedens frohen Herzens einfahren können.

Inzwischen liegen die Heere im Westen und in Italien eng ineinander verflochten und verbißen sich gegenseitig, jeder Feind belauert aufmerksam den andern und horcht gespannt auf jedes Zeichen, das eine Veränderung in der Front des andern anzukündigen scheint. Soweit mit den Mitteln des Kleinkrieges möglich, wünscht man ihn auch zu stören und zu schädigen, in der Hauptsache aber sucht man keine jeweilige Stärke und Bereitschaft durch Erkundungszüge, durch Feuerüberfälle, durch die eifrige Tätigkeit der Flieger ununterbrochen festzustellen, um jede Ueberraschung im großen auszuschließen.

In dieser Zeit werden wir einen flüchtigen Blick auf die Entwicklung werfen dürfen, die der gewaltige Krieg von seinem Beginne bis zur heutigen Stunde genommen. Vielleicht daß Vergangene und Gegenwart uns gestatten, vorahnend das Dunkel ein wenig zu durchdringen, durch das die Zukunft sich uns noch verhüllt.

Vor zweimonatlich Monaten suchten unsere Heere die Entscheidung zunächst im Westen, wo die schnellsten unserer Gegner sich gegen uns erhoben, die nächste Gefahr für unsere Grenze zu drohen und der beschränktere Raum rasche Schlüsse zu begünstigen schienen. Das Kriegsglück versagte sich dort schließlich unserem stämmigen Werben, nachdem es uns Anfangs Beweise seiner Hülfe gegeben hatte.

Unter den Gründen nimmt der überraschende schnelle Anmarsch gemächlicher Russenheere, die ihre frühe Bereitschaft und ihre Ueberlegenheit über die Streiterheeren unserer österreichisch-ungarischen Bundesgenossen die erste Stelle ein. Die ruhmvollen schwarzgelben Fahnen litten zu Beginn des Krieges unter der Ungunst ausnahmsweise schwieriger Verhältnisse.

Ihre militärische Rüstung war für den furchtbaren Ernst dieses Wasserganges nicht in genügendem Maße fertig und konnte erst in dem Laufe der Jahre auf die Höhe gebracht werden. Ähnliches gilt übrigens für die meisten der in diesem Kampf verwickelten Heere, und die einzigen, für die es in milderem Maße zutrifft, standen auf der Seite unserer Feinde. So wenig wahr ist die Behauptung von Franzosen und Engländern, daß Deutschland diesen Krieg nach sorgfältiger Vorbereitung vom Zaune gebrochen hätte. Wenn es so boshafte Gedanken gehegt hätte, hatte es militärisch allen Grund, den Ausbruch zu verschieben. Nur Frankreich war in vollstem Maße bereit, es hatte seine Streitmacht bis an die äußersten Grenzen seiner Volkskraft bereits im Frühjahr 1914 entwickelt und konnte sie darum nur noch durch den Massenzug brauner und schwarzer Krieger aus Afrika steigern. Das ist die Ursache, warum das französische Volk in düsterem Ahnen keine kriegerische Kraft mehr und mehr schwinden fühlt; es hat sich in den ersten Jahren nahezu voll verausgabt. Der andere der völlig kriegsbereiten Gegner war Rußland; seine Riesennassen rollten gegen Westen heran, noch ehe der Krieg begonnen hatte. Wenn es sie seitdem nicht mehr seiner Volkszahl entsprechend vermehren konnte, so lagen dem freilich andere Verhältnisse zu Grunde als in Frankreich. Das war die Rückständigkeit der gesamten Staatseinrichtungen, die Schlamperie und Beschränktheit seiner uniformierten und nicht uniformierten Beamtenschaft, damit zusammenhängend der Mangel an Waffen, und die über alles Maß ungeheuren Verluste, die seine Truppen bei rücksichtslos durchgeführten Angriffen erlitten.

Inmerhin konnte es aus dem lange Zeit unerschöpflichen Born seiner Menschenmassen die vorhandenen Stämme wieder und wieder voll und übervoll auffüllen und blieb noch bis zum Ende des Jahres 1916 ein gefährlicher Gegner.

Auf zwei Dinge hatte England die Rechnung aufgestellt, daß Deutschland dem Angriffe des Verbandes rasch erliegen werde: auf diesen machtvollen Rückenangriff vom Ostern her und auf den Hungerkrieg. Letzterem begegneten wir durch Organisation und durch den Opfermut des deutschen Volkes, wie auch durch unsere Siege, die weite Strecken Landes unserer Ernährung dienstbar machten. Die U-Boote sollten sodann der Erschöpfungskrieg in umgekehrter Richtung gegen unsere Feinde wenden. Gegen den Rückenangriff aber konnte uns nur unser gutes Schwert und die restlose Zusammenfassung unserer ge-

jamten Volkskraft sichern. In dieser letzteren Beziehung ist uns keines der Völker der Erde, auch England nicht, gleich gekommen.

Der Gefahr im Osten zu begegnen, die weit größer war, als die meisten von uns damals ahnten, konnte auch der Feldherrnkunst eines Hindenburg nicht im ersten Anlaufe gelingen. Es gibt ein Schwerkrieg der Masse, an dem sich die glänzendste Tapferkeit eines unvergleichlichen Heeres bricht, — in unserer glorreichen Kriegsgeschichte das beste, das mir je aufgestellt haben — es gibt eine Kraft der Zahl, die den Schlägen der gemäßigten Strategie widersteht. Zudem hatte Hindenburg in dem Großfürsten Nikolai den tüchtigsten Feldherrn sich gegenüber, den unsere Feinde bisher aufzieten konnten — brutal nach russischer Art, aber einsichtig und von großer Listkraft, gefährlich von seinen Generälen.

Als die Stürme der Nierschlacht unentwunden vertauscht waren, warf die deutsche Heeresleitung im steigendem Maße alle irgend entbehrlichen Kräfte nach dem Osten. Das Schwerkrieg des Krieges, das im Anfang gegen Westen gerichtet war, fiel nunmehr dorthin. Erst mußte der Rücken frei werden, ehe in der Front die entscheidende Lösung des Krieges eintreten konnte. Aber die Aufgabe war unendlich schwer, und das ist wesentlich die Ursache der langen Kriegsdauer. Denn auch gegen Rußland mußten wir dauernd mit unterlegenen Heeren fechten, da die Front im Westen gegen die machtvolleren Durchbruchversuche tapferer und gütlicher Feinde nicht entblößt werden durfte. Zudem erregte der Dreiverbund gegen unseren Rücken immer neue Kräfte: zunächst durch den Darbanelangriff auf die Türkei, dann durch den Eintritt Italiens in den Krieg, dem später die vergeblichen Versuche folgten, auch Bulgarien und Griechenland in das Getöse mit zu werfen, endlich durch das Hineinbringen Rumäniens in hohen Golde und geliebten Hingewandungen. Unsere Gegner haben darauf hingewiesen, daß wir immer nur die Schwachen besiegten, dem Andränge der Starken nur mit Mühe begegneten, es war die grimmige Notwendigkeit, die uns zwang, zunächst die Hände zu hehalten, mit denen der Gegner unsere Arme immer wieder von hinten treffen mußte, ehe wir das feigliche Schwert auf seine eigene Brust zücken konnten. Drei Kriegsjahre waren erforderlich, dies große Ergebnis nun aber endgültig zu erreichen. Es gibt keine Feinde im Rücken mehr, Deutschlands Kriegsmacht ist im westlichen Teil für den letzten, entscheidenden

Sammlung gewählte Kollegen und die Organisationsvertreter bei der Direktion und auf dem Kriegssamt vorzubereiten zu werden. Um die oben angegebenen Forderungen zu vertreten. Herr Grube als Vertreter der Firma erklärte sich zur Verhandlung bereit, glaubte aber ohne die Zustimmung des Herrn Carlsson die Organisationsvertreter nicht empfangen zu dürfen. Major Lehmann vom Kriegssamt empfing die Unterhändler. Er lehnte es aber auf das Entschiedenste ab, auf Grund des heutigen Ausschusses irgendwelche Schritte zu unternehmen. Das Kriegssamt stehe in dauernden Verhandlungen mit der Direktion. Er verhielte sich aber dafür, daß spätestens am 1. April der neue Arbeiter-Ausschuss in Tätigkeit treten soll. Auch will die Firma am 1. April eine neue Löhnerhöhung oder Teuerungszulage gewähren. (Am Dezember 1916 trat das Soldaten-Gesetz in Kraft. Die Red.) Gegebenenfalls werde die Wahl zwangsweise durchgeführt werden. Ehe die Arbeiter nicht die Arbeit wieder aufgenommen, wird das Kriegssamt in dieser Sache nicht tun. Einmal Druck dürfen die Arbeiter nicht ausüben.

Am Abend desselben Tages fanden sich die Arbeiter der Belegschaft wieder zusammen, um den Bericht über die Verhandlungen entgegenzunehmen. Gailowski vom christlichen Verband erstattete Bericht. Eifriges Schweigen, unterbrochen von leichten Worten des Unwillens und der Empörung, zeigte die Stimmung der Versammlung. Es war vorauszu sehen, daß der Vorschlag auf Wiederaufnahme der Arbeit auf Widerstand stoßen würde. Gewerkschaftssekretär Krzysanski vom Deutschen Metallarbeiterverband wies besonders auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hin. Diese sei der Schlüssel zu allen Erfolgen der Arbeiterschaft. Herr Carlsson würde die im Januar gewährte Teuerungszulage nicht gegeben haben, wenn nicht die Organisation hinter den Arbeitern stünde. Ohne die Organisationen hätten sie auch das Versprechen betr. der spätestens am 1. April vorzunehmenden Neuwahl des Arbeiterausschusses nicht erhalten. Der Anschluß an die Organisation ist eine unerlässliche Voraussetzung zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen. Alle Redner mit Ausnahme von einem plädierten für Wiederaufnahme der Arbeit. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Leider nahm so die mit hoffnungsvollem Herzen leitens der Arbeiterschaft begonnene Bewegung einen wenig erfolgreichen Verlauf. Der Arbeitergeist sei es auch hier noch einmal gesagt, daß nur der Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung ihr den Erfolg verbürgt. Die Arbeiter haben keine anderen Freunde, als die eigentlichen Arbeitsbrüder. Wer in der jetzigen Sturmbelegten Zeit noch nicht weiß, daß es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht geben kann und wird, hat kein Recht, über seine wirtschaftliche Notlage zu klagen. Wer das aber erkannt hat, Sorge dafür, daß die gewerkschaftliche Organisation auch bei Schicksal eine Stärke erreicht, die allein den Erfolg verbürgt.

Danziger Nachrichten

Sozialdemokratische Vereins-Versammlung

Zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für den preussischen Landtag wird die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt, welche am Sonntag den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Steppuhn-Schädlich stattfindet. Stellung nehmen. Die Wahlrechtsfrage für Preußen steht im Vordergrund aller Erörterungen und dürfen wohl alle Mitglieder dieser Frage das größte Interesse entgegenbringen. Gäste können mitgebracht werden.

Bund der Kriegsbeschädigten

Der Vorstand des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer ruft zu einem Bundesstag in Weimar die Ortsgruppen des Deutschen Reichs auf. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl eines Bureau's,

2. Bericht über die Entwicklung des Bundes. Erhalten vom Bundesvorstand Herrn Mann. 3. Unter sozialpolitisches Programm für die Kriegsbeschädigten. 4. Die Forderungen der Kriegsbeschädigten für die Friedenszeit. Bericht über Reichstagsabgeordneter Dörrbehn. 5. Der Bund und die Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen. 6. Bundesstatut und Statute für ein Ortsgruppen. 7. Wahl des Bundesvorstandes, des Ausschusses und des Redaktors. 8. Sonstige Anträge. 9. Wahl des nächsten Tagungsortes.

Auch ein Kursus für Rechtsberater soll dem Bundesstag vorausgehen, der von den juristischen und ärztlichen Leitern der Ortsgruppen veranstaltet wird.

Festlichkeiten sind nicht vorgesehen.

Diese erste große Tagung des Bundes soll Ostern dieses Jahres stattfinden und dürfte für seine Fortentwicklung wie für die Interessen der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer von größter Bedeutung sein.

Die Danziger Ortsgruppe wird in einer der nächsten Sitzungen dazu Stellung nehmen. Am Sonnabend den 9. Februar, abends 8 Uhr, hält die Ortsgruppe im Gewerbehaus eine Versammlung ab, in der der Arbeitersekretär Jäpel einen Vortrag über „Die Notwendigkeit der Reform des Mannschaftsversorgungsgesetzes“ halten wird.

Deutscher Eisenbahnerverband

Am 24. Januar fand im Lokale des Herrn Claasen, Heubaderstraße, eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Verbandssekretär Kollege Kopur sprach über das Thema: „Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der Eisenbahner.“ Er schilderte die Notlage der Eisenbahner während des Krieges, behandelte die bisher gezahlten Lohn- und Teuerungszulagen und betonte, daß die Einnahmen trotz der gewährten Zulagen immer noch nicht die Ausgaben decken. Während durch die enorme Entwicklung des Verkehrs die Einnahmen des Staates bis zum heutigen Tage ins Ansehnliche stiegen, blieben die Arbeiter und Bediensteten mit ihrem Einkommen weit hinter dem der Privatarbeiter zurück, was hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß man seitens der Verwaltung es sehr gut verstanden habe, durch Beschränkung der Eisenbahner zu verhindern, sich einer Organisation anzuschließen, durch welche sie in der Lage gewesen wären, ihre Lebenslage zu verbessern. Seitdem nun der Deutsche Eisenbahner-Verband besteht, läßt sich eine aufsteigende Tendenz der Löhne der Eisenbahner konstatieren. Als erste Aufgabe hatte sich der junge Verband die Verstärkung der täglichen Arbeitszeit gestellt. Im Juni 1917, also schon nach dreimonatigem öffentlichen Wirken des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, mußte die Staatsbahnverwaltung sich zu Zugeständnissen bereit erklären und wenigstens eine Löhnerhöhung zulassen. Damit war das Prinzip der Arbeitszeitverlängerung durchbrochen. Die Verwaltung mußte ihr Bestreben, das Einkommen der Arbeiter ohne Erhöhung der Löhne mittelst Ueberstunden zu erhöhen, aufgeben und die Wirkung mußte sein: weitere Löhnerhöhung. Von Seiten des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wurde verlangt, daß die Löhne der Eisenbahner den Löhnen gleichartiger Arbeiter in privaten Betrieben gleichgestellt werden. In den ersten zweieinhalb Jahren des Krieges sind die preussischen Eisenbahner mit einer teilweise recht spärlichen Teuerungszulage bedacht worden: 115 Millionen Mark wurden im Jahre 1915 und 1916 für Teuerungszulagen ausgegeben. Verteilt man die 115 Millionen unter die rund 500 000 Bediensteten, so kommen im Durchschnitt auf den Einzelnen 230 Mk. in zwei Jahren. Am 1. Februar 1917 endlich kam die erste Löhnerhöhung. Weitere Erhöhung der Löhne erfolgten im April und Oktober 1917. Trotz der bisher gewährten Erhöhung der Löhne hält der Eisenbahner-Verband an seiner Forderung, eine Löhnerhöhung von 25 P. pro Arbeitsstunde für jeden Arbeiter und Hilfsbeamten fest, da die gewährten Zulagen nur 80 Prozent betragen, während die Teuerung 250 Prozent ausmache. Deshalb müßten die Eisenbahner bestrebt sein, die Forderung des

Eisenbahner-Verbandes zu unterstützen, die Löhne, besonders den Minimallohn, in die Höhe zu treiben. Dann ging Meener noch näher auf das Ueberstunden-System ein. In den meisten Werkstätten werden 10 Stunden gearbeitet, nur in Danzig nicht. Durch die vielen Ueberstunden will man einer weiteren Löhnerhöhung vorbeugen. Dann kam Meener auf die Entwicklung des Verbandes zu sprechen. Der erst seit ein- und einhalb Jahren bestehende Deutsche Eisenbahner-Verband habe gewaltig an Mitgliedern gewonnen. Fluchtartig verlassen die Eisenbahner die bisherigen Organisationen und suchen Schutz und Hilfe im Deutschen Eisenbahner-Verband, wo eine energische und zielklare Führung als Bahnbrecher einer neuen Zeit wirkt. Keine Macht in Deutschland wird nach dem Kriege es wagen können, den Deutschen Eisenbahner zu verbieten! Verbäther Weisfall folgte den Ausführungen des Referenten. In der anschließenden Diskussion wurde von sämtlichen Rednern die minimale Löhnerhöhung scharf kritisiert. Alle Redner forderten betreffs der Entlohnung mit Berlin gleichgestellt zu werden. Der eingetragene Antrag, künstlich statt zwei nur eine Ueberstunde zu leisten, wurde einstimmig angenommen. Nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden, Kollegen Jäpel, welcher noch besonders auf die Agitation unter den Frauen hinwies, wurde die stark besuchte und anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Der Nationale Frauendienst

veranstaltet am 6. Februar seine 7. Feiertage für erwerbstätige Frauen und Mädchen. Nachdem vom Landsturmgefreiten Rose gegebenen Kriegsberichte wird ein gemeinames Lied gesungen. Hieran schließt sich der von Frau Deu gehaltene Vortrag „Die Frau und die Krankenkasse“. Durch Aussprache können sich die Frauen in den ihnen unklaren Punkten Klärung verschaffen. Fräulein Benz wird einige Lieder vortragen und Fräulein Gersdorff wird als Tante Matzen für den heiteren Teil des Abends Sorge tragen.

Die Unfallrenten erhöht

Was die Sozialdemokraten im Reichstage schon seit langem gefordert hatten und der Reichstag im Herbst 1917 beschloß: die Erhöhung auch der Unfallrenten, dem hat jetzt der Bundesrat in seiner Sitzung am 17. Januar zugestimmt. Es wird darüber aus Berlin gemeldet:

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 17. Januar 1918 beschlossen, daß die Empfänger von Verletztenrenten aus der Unfallversicherung eine monatliche Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente beantragen können, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von zwei Drittel der Vollrente sein.
2. Der Verletzte muß sich im Inlande aufhalten.
3. Es dürfen nicht Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Der Antrag ist an den Versicherungsnehmer oder ein Versicherungsamt zu richten. Zwecks genauer Ausführung werden geeignete Schriftstücke dafür, daß die drei Bedingungen erfüllt sind, beigelegt. Der Versicherungsnehmer stellt seine Entscheidung schriftlich mit. Der Antragsteller kann gegen die Entscheidung binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch bei dem Oberversicherungsamt einlegen, das auf seinem Rentenbescheid angegeben ist. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig.

Die Zulagen werden vom 1. Februar 1918 bis zum 31. Dezember 1918 gewährt und durch die Post ausgezahlt.

Ungetrübte Freude wird diese Renten-Zulage bei den Unfallverletzten kaum erwecken. Sie wird vom 1. Februar 1918 an nur den Unfallverletzten gezahlt, die eine Rente von zwei Dritteln der Vollrente und mehr bekommen. Aber der Unfallrentner muß die Zulage von 8 Mark „benötigen“. Wer also nach Ansicht der Berufsgenossenschaft „zu viel“ verdient, erhält die Zulage nicht. Dadurch wird viel Streit entstehen, denn die Unfallverletzten werden über das „benötigen“ der Rentenzulage sehr oft ganz anderer Ansicht sein, als die Berufsgenossenschaft. Man hätte sicherlich besser getan, die Bedingung 3 vom „benötigen“ nicht aufzunehmen.

Jetzt warten auf Rentenerhöhungen noch die Witwen und die Kriegervitwen. Hoffentlich werden ihre Erwartungen recht bald erfüllt.

den Woffgang. Der neue Feind, der vor unserer Front aufsteht, ist noch weit und nicht entfernt imstande, die gewaltige Kraft des jetzt gelähmten Rußlands zu ertragen. Auch wenn man die Möglichkeit eines Erkennens amerikanischer Heere auf fränkischen Boden noch so vorzüglich abwägt: jene Voraussage darf man ohne Gefahr eines Irrtums wagen. Wir legen ihr die eigenen Angaben der Gegner und ihre Klagen über die wachsende Fruchtlosigkeit zugrunde und wissen doch, daß ihre Erdröhungen noch immer harter klingen als ihre Losen sich erweisen. Das Jahr 1917 sollte nach des vorjährigen Rückzuges Urteil unseren endgültigen Niedergang besiegeln, und es ward heute unserer größten Triumph: es brachte, nicht zum wackeln auch infolge der russischen Umwälzung, den entscheidenden Umschwung der Kriegslage zu unseren Gunsten.

Wenn wir nun die Erfolge unserer U-Boote in der Verminde rung der feindlichen Heeresverpflegung sehen, wenn wir die Hülfe des Land Georges nach Schiffen und Männern hören, wenn wir von der allmählich wachsenden Beschaffenheit seiner Kriegsziele sehen, dann muß sich jeder selbst fragen, mit welchen Aussichten wir und mit welchen die andern in die kommenden Kämpfe geben, die uns schwerer werden erspart bleiben. Der Krieg ist jetzt im Begriffe, zu seinem Ausgange zu gehen.

Rautendelein im Unterstand

Von Johannes Reichelt (im Felde)

Wenn die Erde von den besitzenden Grammen ergrübelt und häßlich leidet aus Feldgrauen oft Träume und Märchen aus Schmutz und Qual auf, die uns des Alltagslebens nie geben läßt, ein Raunen und Klagen aus Schutt und wüster Zerfährung, das uns über alle Erdschwere erhebt.

Ich lag mit meiner Gruppe im Unterstand, fünfzehn Seiten unter der Erde. Die schweren Jungen. Sie hatten alle schon ein paar Monate weg. Ihre Störben waren ihnen genommen. Sie wußten, daß bei guter Führung ihnen der Rest ihrer Strafe erlassen würde. Das klang wie das Verlöbte und verdröhen konnten sie nicht, trübten schmerzliche Worte, wenn ein Korporal oder ein Feldwebel eine Anordnung gab. Schimpfen, wenn das Essen zu heiß oder zu

fast, zu süß oder zu sauer war, franten Bier und Schnaps in unheimlichen Mengen, wo sie ihn nur erreichen konnten. Unser Leutnant vereinte die „schweren Jungen“ zu einer Gruppe. Als niemand der Gedächtesten Führer sein wollte, da meldete ich mich freiwillig.

Ich habe es nie bereut. Mein großes Erleben begann. Meine Jungens haben alles für mich getan, weil sie sahen, daß ich als ihr Gruppenführer mit ihnen teilte, hungerte, litt und — jubelte. Auch das hatten sie wieder gelernt. Jeden Wunsch lasen sie mir vom Auge ab. Blumen holten die rauhen Gefellen für mich und schmückten den Unterstand, sie hungerten nach einem guten Wort, sie schästeten und hieben mit der Hade, daß die Funken stoben und warfen unermüßlich die schweren Erdklumpen über die Berme. Und wenn wir abend-eintrückten, früher als die anderen, dann waren sie stolz auf einen freundschaftlichen Blick, auf ein gutes Wort, auf einen Händedruck.

Als wir im Unterstand im feuchten Gehälf und Gestein am Tisch abends saßen und verfauln unteren Gedanken nachgingen, ein Lied von Heimat und Liebe sangen, als dazu das Holzfeuer im Ofen einen Heidenpfad ansachte und das Kerzlein, das nur mühsam den Raum erhelle, aufzuckte und die Gefichter meiner schweren Jungens beleuchtete, da sah ich im Kerzlein und zwischen den Sträuchen von rotem Mohn manch verstaubte Träne glänzen, ein Stück verirrte Sehnsucht auf rauhem, härtigem, durchsuchtem Antlitz . . .

Dann kam der Tag, wo eine Sängerin von Ruf mit der Baute zu uns in den Graben kam. Meine schweren Jungens hatten Arbeitsdienst und kamen nicht mit zur Höhle, wo mehrere hundert Kameraden ihren Liedern lauschten. Dann aber führte der Leutnant die Künstlerin durch den Graben. Auch an „Billa Raubheim“, wo ich mit meiner Gruppe hauste, kamen sie vorüber. Sie blieben stehen. Ich hörte, wie eine goldklare Stimme das Namensschid „Billa Raubheim“ entzifferte und lachte; ich fühlte, wie dann plötzlich ein paar verträumte Mädchenaugen auf meinen Ausblättern ruhten, die als Blumenweiden an diesem Tage eine Hut von Mohn, blauen Kornblumen und weißen Margueriten trugen. Dann hörte ich den Leutnant im Flüchertonen sprechen . . . „Raubheime . . . schwere Jungens . . .“

Da froch ich die Stufen hinauf . . . Wie ein Traum kam's mir vor. Ich vergaß ganz meine Umgebung, sah nur ein blondes, deutsches Mädel mit der Laute. Und die Sonne schien. Und die Bänder der Laute spielten in der Luft. Und ein Paar große Augensterne sahen auf mich. Da kam's über mich, ich vergaß, daß ich im Erdloch hauste, meine Lippen ruhten auf der kleinen, weißen Hand . . . Hab' ich die Bitte gesprochen? Haben meine durstenden Augen sie verraten? Ich fühlte, wie ein blondes Märchen zu uns in die Erde hinabstieg, Rautendelein, und hangte bei jedem Schritt, daß sein Fuß sträucheln und sein Kleid die Wände streifen konnte.

Meine Jungens fixierten auf das junge Mädel mit weiten Augen. Es wollte plaudern . . . Da machten sie sich zu schafften und blieben schweigend. Und Rautendelein griff zur Laute. Ihre feinen Finger strichen leis über die Saiten. Da schauten meine Jungens auf das Wunder, ihre Augen glänzten, ihre Blicke umfingen die weiße Gestalt und gruben sich in die Lockenflut, sie tranken die Schönheit ihrer Nähe und atmeten den Duft der Rosen, die Rautendelein schmückten. Und leise erklang Rautendeleins Stimme:

Et wassen twee Künigstimmer,
De hadden enanner so lei;
De konnen tonanner nich kummen,
Dat Water was vil to bred,
Dat Water was vil to bred . . .

Es war ganz feierlich und still geworden. Auch der kleine Leutnant schaute verträumt auf meine Jungens. Dem groben Schmied zuckte es arg im Gesicht. Der Peter schlief in die küsternste Ecke. Und das Kerzlein zuckte und flackerte und zeigte unendlich viel Schönes, was hinter einer harten Hülle sich barg. Es rang sich zum Licht. Es kam über die armen stierenden Kerle mit dem härtigen Antlitz ein wunderbares Sehnen und Träumen, so schön zu schauen, wie die im Gestrüpp der rauhen Hede sich dehnende erste Knospe im Sonnenschein.

Drei Rosen hatte Rautendelein zurückgelassen. Meine armen Jungens sahen sehrend und schew zu ihnen. Ein Stück verträumtes Glück leuchtete in den härtigen, durchsuchten Gesichtern. Wir sprachen nichts. Wir saßen ein Märchen. Tief unter der Erde. Und im dunklen Unterstand war ein wunderbares Klängen . . . (Aus der „Jugend“.)

Statistik der Stadt und Armut

In der jetzt stattfindenden Angler-Ausstellung „Mutter und Säugling“ in der Stadthalle in Oberfeld befindet sich auch folgende graphische Tabelle:

In Breslau starben im ersten Lebensjahre von je 100 Geborenen in Best... mit dem Durchschnittseinkommen

300 Mark	12,9 Prozent
400	11,3
500	10,7
600	10,1
700	9,6
800	9,1
900	8,6
mehr als 900	8,1

Es sind in dieser Tabelle nur die Vermisten der Arm... berücksichtigt. Aber man sieht, wie jede Mark Einkommen weniger gleichbedeutend ist mit einer Steigerung der Säuglings-Sterblichkeit!

Dieser leider viel zu sehr einseitige amtliche Feststellung beweist die dringende Notwendigkeit der im Allgemeininteresse liegenden sozialdemokratischen Gemeindepolitik! Sie ist die beste Widerlegung des auf der Bevorzugung des Besitzes und besonders der Hausbesitzer beruhenden Dreiklassenrechtes in der Gemeinde. Sie verlangt durch ihre dürren Zahlen die wirkliche Selbstverwaltung der großen Mehrheit der Gemeinde. Und vor allem fordert sie eine wahrhaft gemeinnützige Wohnungspolitik durch die Befriedigung des Wohnbedürfnisses seitens der Gemeinde.

Landaufenthalt der Kinder

Uns wird geschrieben:

Trotzdem der Kalender uns erst den Februar weist und wir noch einige Winterstürme erwarten dürfen, ehe es Frühling wird, müssen wir schon an die Vorbereitungen für die diesjährige Landunterbringung der Großstadtkinder gehen, da naturgemäß die Verteilung tausender Kinder auf die einzelnen Landstellen viel Arbeit und Zeit beansprucht. Damit die Kinder schon Mitte Mai hinausgeschickt werden können, ist es notwendig, daß die Eltern, die ihre Kinder auf das Land zu geben wünschen, sich diesbezüglich bis spätestens zum 12. Februar bei der Schule, die das betreffende Kind besucht, melden. Die Unterbringung auf dem Lande kann nur planmäßig durchgeführt werden, wenn dieser Termin der Meldung innegehalten wird. Nachzügler können vorläufig nicht berücksichtigt werden. Dies gilt für Schüler und Schülerinnen der Volksschulen. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um — wenn möglich — auch Kindern aus höheren Lehranstalten die Wohlthat eines Landaufenthaltes zu verschaffen. Es entzieht sich aber vorläufig noch der Beurteilung, in welchem Umfange dies ausführbar sein wird.

Die guten Erfolge des Vorjahres werden den Eltern den großen Nutzen einer Landunterbringung ihrer Kinder gezeigt haben. Der Jugend wird nicht nur eine viel bessere Ernährung als in der Stadt gewährleistet, sondern schon der Aufenthalt im Freien, in frischer, gesunder Luft macht unsere vielfach elenden, blassen Großstadtkinder kräftig, rotwangig, frisch und fröhlich.

Allerdings dürfen die Erwartungen in bezug auf die Verpflegung nicht zu hoch gespannt werden. Eier und Braten gibt es auch auf dem Lande nicht mehr im Ueberfluß. Die Landbevölkerung hat sich in aufopfernder Weise im vorigen Sommer der Pflegekinder angenommen und wird es auch sicher von neuem tun; sie dürfen dann aber auch mit Recht erwarten, bescheidene, dankbare, hilfsbereite Gäste zu empfangen, denn ein Opfer ist es ohne Frage für die überreich mit Arbeit belasteten Landfrauen, sich noch fremder Kinder anzunehmen. Natürlich müssen die Pflegekinder gesunde, artige, saubere Kinder sein, die mit ausreichenden, für das Land passenden Kleidungsstücken versehen sind. Es wird als selbstverständlich angesehen, daß alle Eltern, die dazu irgend in der Lage sind, bereit-

willigt einen Betrag an dem Unternehmen der Landunterbringung von täglich 50 Pf. pro Kind zahlen, gleichviel ob ihr Kind in einer bezahlten oder unbezahlten Pflegefamilie ist, denn aus den Beiträgen müssen die Gesamtkosten des Unternehmens: nicht nur Pflegegelder, sondern auch Eisenbahnfahrten, Vergütungen für Begleiter und Beaufsichtigungspersonen, Unfallversicherung usw. bestritten werden.

Besuche der Kinder auf dem Lande von seiten der Eltern und Geschwister müssen aus mancherlei Gründen unterbleiben; nur in seltenen Ausnahmefällen kann die Erlaubnis dazu erteilt werden.

Schulenklassen-Jugendliche, welche eine Landunterbringung wünschen, können sich in der Geschäftsstelle, Holzgasse 29 II, melden.

Gegenstände des täglichen Bedarfs

Den Bestimmungen gegen den Kriegsmücher unterliegen alle Gegenstände des täglichen Bedarfs. Der Praxis und Rechtsprechung ist es vom Gesetzgeber überlassen worden, festzustellen, was als Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen ist. Durch die Preisprüfungsstellen und höchstgerichtlichen Entscheidungen ist dies nun auch geschehen. Unter täglichem Bedarf wird nicht verstanden, daß der Gegenstand jeden Tag, oder von jedem Menschen benutzt wird, sondern in der Gesamtheit des Volkes muß es täglich eine Anzahl Menschen geben, die einen Bedarf nach diesen Gegenständen hat. Am 2. Juli 1917 entschied das Reichsgericht über Wildenten und es heißt in der Entscheidung: „Unter diesen Umständen sollen nicht nur alle Gegenstände unter diesen Begriff, hinsichtlich deren ein täglicher Bedarf an jedermann besteht, es genügt, daß es sich um Gegenstände handelt, für die täglich ein Bedarf in weiteren Volkskreisen vorliegen kann, mögen es auch Nahrungsmittel feinerer Art sein, die vorwiegend von den begüterten Kreisen genossen werden, sobald es sich nur nicht um ausnahmsweise genossene Vederbissen handelt.“ Und in einer Entscheidung des Reichsgerichtes am 24. September 1917 heißt es: „Zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs sind auch alle Genussmittel zu rechnen, für die in der Gesamtheit des Volkes täglich ein Bedarf vorliegt.“ — Auf gleichem Standpunkt steht die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes in Berlin. Hier wurden nach höchstgerichtlichen Entscheidungen diejenigen Gegenstände zusammengestellt, über die unmittelbar zu urteilen war. Danach sind fast alle Gegenstände als solche täglichen Bedarfs anzusprechen, wie Lebensmittel, Genussmittel, Bekleidung, Wirtschaftsgegenstände, Maschinen usw. Ausgenommen sind nur Altgerätschaften, Seltenheiten, ganz besondere Vederbissen usw., für die volle Preisfreiheit bestehen würde.

In Danzig wurde jetzt die Behauptung aufgestellt, daß Papier nicht als Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen sei. Das ist hiernach ein Irrtum. In dem genannten Verzeichnis ist Briefpapier sogar ausdrücklich aufgeführt. Aber auch Durchschlagpapier, Firmkopfpapier, Kassetpapier, Zeitungspapier usw. ist als Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen. Es können mithin Höchstpreise für fast alle Gegenstände festgesetzt, oder bei ihnen ein Verfahren wegen übermäßigen Gewinns eingeleitet werden. Es ist fast eine allgemeine Preisregelung ermöglicht, die vom Erzeuger bis zum Kleinhändler durchgeführt werden kann.

Die Preise für Samen

Sind ganz ungeheuer in die Höhe gegangen. Beim Kaufen in den Samenzentralen wird nicht viel nach dem Preis gefragt; wenn der Käufer nur die Ware erhält, dann zahlt er alles. Es ist ein Ueberbieten ohne Ende, der Anfang der Verteuerung des Gemüsebaues. Ein Gemüsegärtner in nächster Nähe Danzigs mußte kürzlich mehr als 20 000 Mark für Samen ansetzen. Er brauchte früher für das gleiche Quantum nur etwa 500 Mark zu zahlen. Wenn dann eine Misere eintritt,

ist der Bauer schlimm dran. Aber auch sonst gerät mancher in Versuchung, das Gemüse über den Höchstpreis zu verkaufen. Warum lassen die Staatsbehörden nicht rechtzeitig zu? Die Beschaffung von Samen mußte besonders gut organisiert sein, sie ist mit der wichtigste Zweig der Ernährungsmittel für unsere Bevölkerung.

Abgabe von Lebensmitteln

Mg. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel- und Kartoffelkarte erhältlich sind. Das Nähere ist aus der Bekanntmachung ersichtlich.

120 000 Eier aus Danzig ausgeführt

Der Kaufmann Silber in Berlin beauftragte den Händler Julius Brauer in Danzig, hier 2000 Schock Eier aufzukaufen und nach Berlin zu befördern. Am 1. Oktober 1916 sollte nun eine Sendung von 48 Schock nach Berlin abgehen. Es war aber ein Ausfuhrverbot erlassen, und Brauer stellte deshalb dem Berliner Kaufmann die aufgelaufenen Eier in Danzig zur Verfügung. Silber kam nach Danzig und brachte die Eier zur Bahn. Brauer hatte sich vor dem Danziger Schöffengericht wegen unerlaubter Ausfuhr zu verantworten. Er konnte jedoch nachweisen, daß er die Eier nur aufgekauft hatte, was damals erlaubt war, und daß er die Beförderung nach Berlin ausdrücklich abgelehnt hatte. Er beteiligte sich auch nicht daran, als Silber nach Danzig kam, um den Transport zu besorgen. Brauer wurde deshalb freigesprochen. Gegen Silber war keine Anklage erhoben.

Durch solche rein formalen Urteile erleichtern die Gerichte die strupellose „Freiheit“ des Handelswunders in ungläublicher Art. Diese Preisregelung ist unmöglich aufrecht zu erhalten. Auf jeden Fall wollte der Verkäufer doch ausführen. Daß er schließlich die Ausfuhr formell ablehnte, beweist doch nur seine Geriebenheit. Schon das Auslaufen einer so großen Menge ist doch eine skandalöse Mißhandlung der Bedauernswerten, die auf dieses wichtige Nahrungsmittel jetzt noch mehr als früher angewiesen sind.

1000 Mark Strafe für Verkauf von Fleisch vom Schleichhändler

In welchen Mengen die Schleichhändler auch in Danzig Fleisch in den Häusern anbieten und ausdrängen, konnte man aus einer Gerichtsverhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht erfahren. Zu dem Kaufmann Julius Goldstein in Danzig kam im Oktober ein Mann ins Haus und bot ihm Rindfleisch zum Preise von 2.50 Mk. an. Goldstein vermutete, daß der Mann ihm einige Pfund verkaufen würde und wußte in den Ankauf ein. Dann wurde ihm mitgeteilt, daß es sich um einen ganzen Zentner Fleisch handelte, der dann auch übernommen wurde. 30 Pfund wurden dann zum Fleischer geschickt, damit er daraus Würst mache. Die Sache kam zur Anzeige und zwar wurde hier der Verbraucher angezeigt, da der Schleichhändler unbekannt geblieben zu sein scheint. Auch der Ankauf von Fleisch ohne Fleischmarken ist verboten. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 1000 Mark. In der Urteilsbegründung wurde darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine ungewöhnlich große Menge von Fleisch handelte, die eingekauft wurde. Dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn es bald kein Fleisch mehr gebe.

Anzulässiger Butterverbrauch. Um unzulässigen Selbstverbrauch an Butter zu verhindern, hat der Landrat des Kreises Danziger Meberung bestimmt, daß in den Kuhwirtschäften, die seit 1. August 1916 die Milchlieferanten für Wolkereien sind, die Zentri-fugen zu verriegeln und vorhandene Handbuttermaschinen in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen sind.

* Die Mieteinigungsämter, die bisher nur bei Wohnungen mit einer jährlichen Miete bis zu 900 Mark Entscheidungen treffen durften, sind nunmehr unabhängig von der Höhe des Mietzinses für alle Streitigkeiten, Kündigungen des Vermieters, über Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung usw. zuständig.

Der Strom

Von Jürgen Brand.

Aus meinem Fenster blicke ich hinab auf den Meerstrom, der, nur durch eine schmale Gasse von unserm Hause getrennt, seine hochgehenden Fluten dort unten vorüberjagt. Zu anderer Zeit fließt er ruhig und friedlich dahin; aber jetzt liegt er im Kampf mit den Eisriesen. Gewaltige Schollen treiben auf seinem Rücken dem Meere zu. Nach abermals sechs Stunden, wenn die Flut einsetzt, werden sie zurückkehren; weiter oben werden sie sich zusammenschieben, auftauen; der harte Frost wird sie aneinanderschweißen. Dann heißt es: die Meeres „steht“.

Aber noch ist es nicht soweit; noch ist zwischen den zahllosen Schollen überall freies Wasser, und die bewegte Oberfläche zeigt ein immerfort wechselndes Bild. Ueber dem Wasser schwebt eine Sturmwolke; sie flattert ängstlich hin und her und sucht ängstlich einen Ruhepunkt auf einer treibenden Scholle. Aber in dem allgemeinen Aufruhr wagt sie nicht, sich niederzulassen.

Woran erinnert mich dieses Bild? War es nicht Noah, der, während die Wasser der Sintflut über der Erde standen, eine Taube fliegen ließ? „Da aber die Taube nicht fand, da ihr Fuß ruhen konnte, kam sie wieder zu ihm in den Kasten.“

Weiter schweiften die Gedanken und heften sich fest in der aufgeregten Gegenwart. So flattert die Friedenstaube ängstlich über dem Strom unserer Zeit. „Und da sie nicht fand, da ihr Fuß ruhen konnte —“

Zu jeder Stunde des Tages und der Nacht lassen die Menschenkinder Tauben ausfliegen. Das sind ihre sehnsüchtigen Wünsche nach Frieden. Aber immer können sie noch nicht finden, da ihr Fuß ruhen könnte; und immer kehren sie zurück in das arme hoffende Herz.

Der Strom der Zeit wälzt brausend und schäumend seine Fluten vorüber. Auf seinem Rücken treiben Trümmer und Leichen. Die Deiche sind gebrochen. Die wilden Wogen sind über das Land gestürzt und haben die Saaten verwüdet. Wälder fortgerissen, die Stätten der Menschen zerstört und alles Lebendige in ihren Fluten begraben. In grauenvollem Durcheinander setzen wir alles vor unserm Wägen vorüberziehen: Hier schwimmen zertrümmerte Möbelsstücke, Stühle, Tische, Schränke; hier ein ganzes Hausdach; dort treibt ein

furchtbar aufgeblähter Tierkadaver, ein Pferd, eine Ziege; immer mehr, immer schrecklicher. Und dort, o grauenvoller Anblick, in der Nähe eines Balkens eine menschliche Gestalt, ein Weib! Ihr bleiches Gesicht starrt gen Himmel, mit ihren langen blonden Haaren spielen die tückischen Wogen. Jetzt trägt der Wirbel sie ganz nach oben und da sehe ich das Schrecklichste: ihre toten Arme halten krampfhaft ein kleines Kind umschlungen. O Bild des Erbarmens, sie hat es auch im Tode nicht von der treuen Brust gelassen. Vorüber, vorüber, ihr Bilder des Entsetzens. —

Und doch reicht die lebhafteste Phantasie nicht aus, um auch nur bruchstückweise eine Darstellung zu vermitteln von dem unermeßlichen Elend, das der Strom unserer Zeit an unsern Augen vorüberreibt. Ja, unserer Zeit! Es sind unsere Väter und Mütter, unsere Brüder und Schwestern, die der Sturmflut des Krieges zum Opfer fielen; es ist unser Hab und Gut, die Arbeit eines fleißigen Lebens, was ihre gierigen Wogen zerstörten. Und wir stehen am Rande des reißenden Stromes, stumm und machtlos. —

Wie? Sind wir wirklich so machtlos? Zwar der wilden Macht der eisigsten Wogen uns entgegenzuwerfen, es wäre Wahnsinn; sie würden auch uns zerhacken. Aber wir können dennoch etwas anderes, Wirksameres tun. Die Deiche sind gebrochen! Sie waren zu schwach, um den zerstörenden Gewalten widerstehen zu können. Wohlan, laßt uns helfen, sie stärker zu bauen!

Wir wären machtlos?! So dachten jene Bewohner des friesischen Ortes Funnix nicht, als in der Weihnachtsnacht des Jahres 1717 die schrecklichste Sturmflut über sie hereinbrach, die an unserer Küste je erlebt wurde. Als alles zugrunde zu gehen drohte, sorgten sie zuerst für die Rettung ihrer Kinder, indem sie achtzig auf zwei Schiffen unterbrachten und die Schiffe treiben ließen. Die Väter und Mütter, die die heroische Tat vollbrachten, sind in jener Schreckensnacht zugrunde gegangen; aber die beiden Schiffe mit den nackten und hungernden Kindern landeten bei Witkum und waren gerettet. Woran dachten jene tapferen Friesen, als sie den sicheren Tod vor Augen, ihre Kinder auf die einzigen beiden Schiffe brachten? An die Zukunft dachten sie! Als die Kinder herangewachsen waren, haben sie mit starken Händen und dankbaren Herzen mächtigere Deiche gebaut, die das Erbe ihrer Väter zu schützen imstande waren.

Auf, und laßt uns desgleichen tun! Auch unsere Zu-

kunft, wir haben es oft gehört, ruht auf den Schultern unserer Jugend. Wohlan, laßt uns die Jugend auf die Schiffe bringen! Auch unser Erbe, das geistige Erbe der Arbeiterklasse, muß weiterbestehen, „und wenn wir sterben müssen“. Damit es weiterbesteht und von dem kommenden Geschlecht nicht nur verwaltet, sondern auch vermehrt werden könne, genügt es freilich nicht, daß wir das Schiff der Jugend treiben lassen in der Hoffnung, es werde an irgendeinem glücklicheren Strande landen. Nein, nicht treiben lassen, sondern tüchtig machen gilt es die Arbeiterjugend für die großen und schweren Aufgaben der Zukunft. Die Zerstreuten sammeln, organisieren, ihnen Kräfte und Mittel zur Verfügung stellen, damit sie wieder das Bewußtsein gleicher Interessen erhalten und damit die in ihnen ruhenden Kräfte geweckt und geübt werden.

Ich weiß, ich weiß: Jetzt wird man wieder des böse Wort von der Bevormundung der Jugend hervorholen. Das ist so lange eine gewissenlose Demagogie, solange man nicht zugleich einen Weg bezeichnen kann, auf dem unsere Jugend völlig selbständig die ihrer harrenden Aufgaben zu lösen vermag. Die Spuren schreden! So viel steht jedenfalls fest: Solange die erwachsene organisierte Arbeiterschaft der Jugend Rückhalt und Hilfe bot, solange ging es mit unserer Jugendbewegung voran.

Aber davon soll hier nicht geredet werden. Die Aufgabe dieser wenigen Zeilen soll es sein, auch an ihrem Teile der organisierten proletarischen Arbeiterschaft zuzurufen: Versäumt eure Jugend nicht! Scheut keine Opfer, und seien sie noch so schwer, für die Sammlung und Fortbildung eurer Jugend zu sorgen. Hier liegt eine eurer dringendsten Aufgaben, deren Vernachlässigung sich bitter rächen würde. Lernet von euren Begnern! Dort hat man die Bedeutung der Jugend für die Zukunft längst erkannt. Und wenn uns die gewaltigen Mittel, die jene aufwenden, auch so bald nicht zur Verfügung stehen, an Tatkraft und Opfer Sinn braucht sich die deutsche Arbeiterklasse von ihren bürgerlichen Gegnern nicht übertreffen zu lassen. —

Der Strom der Zeit wälzt brausend und schäumend seine Fluten vorüber. Wir stehen nicht machtlos an seinen Ufern. Wir können die wilden Kräfte, die sich heute zerstörend freigemacht haben, bändigen, indem wir sie in ihr geregeltes Bett leiten.

Und ein Teil dieser Deichbauarbeit ist auch die Arbeit für unsere Jugend und an unserer Jugend. An die Kiemen!

Aktive Fahrpreiseremissionen mehr. Wie wir erfahren werden vom 1. Februar ab alle Fahrpreiseremissionen fallen...

Die Verkehrssteuer für den Personenverkehr. Bekanntlich wird die Verkehrssteuer mit dem 1. April auch auf den Personenverkehr ausgedehnt werden...

Aus Westpreußen

Ohra. Der Ernährungsausschuss konnte in seiner letzten Sitzung feststellen, daß die Kartoffelkulturen reichlicher werden...

Ohra. Einen Schleichhändler erwischt die Polizei in Ohra, der in der Nacht einen Wagen mit Fleisch nach Danzig bringen wollte...

Das Ernährungsamt der Stadt Elbing teilt mit, daß sich der Lebensmittelverteilungsplan für die Woche vom 5. bis 11. Februar 1918 wie folgt gestaltet...

Elbing, 17. Januar. Die Vorgänge vom 12. Dezember vorigen Jahres beschäftigen heute wiederum das Kriegsverbandsamt...

Elbing, 27. Januar. Ein Einbruch erfolgte in die Möbelkammer Bollmanns, wobei die Police den Diebstahl erbrachten und 1200 RM. Wert erbeutet...

Feuilleton

Antimilitarismus. In einem reichlichen Maße hat sich der Antimilitarismus in der letzten Zeit geltend gemacht...

Die neue deutsche Literatur. Die neue deutsche Literatur hat sich in der letzten Zeit in einem außerordentlichen Maße entwickelt...

Das neue deutsche Leben. Das neue deutsche Leben hat sich in der letzten Zeit in einem außerordentlichen Maße entwickelt...

Thema, 28. Januar. Starke Vereisung im Wasser. Das Berliner "Gebot" meldet: Auf dem ganzen Verlauf der Spree ist das Eis aufgebrochen...

Gewerkschaftliches

Jahresabschluss des Fabrikarbeiter-Verbandes - 39 000 Mitglieder Zunahme

Als erste der großen Organisationen veröffentlicht der Fabrikarbeiter-Verband einen vorläufigen Jahresabschluss für 1917. Bei Kriegsbeginn hatte der Verband rund 200 000 Mitglieder...

Starke Mitgliederzunahme im Metallarbeiterverband.

Obwohl die Zahl der Einkerulungen zum Heer die Zahl der Entlassungen im Jahre 1917 noch um 6205 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes überstieg, kann die "Metallarbeiter-Zeitung" im genannten Zeitraum von einer Zunahme von 140 945 Mitgliedern berichten...

Aus der Partei

Karl Stadler und die "Unabhängigen"

Die "Leipziger Volkszeitung" liest Herrn Karl Stadler alias Sobelson, der auch in Deutschland aus Gastspielen sehr unruhlich bekannt ist, kräftig die Leviten...

Die russische Telegraphen-Agentur ist das amtliche Organ der russischen Regierung. Wie ist es möglich, daß dieses Bureau über die Friedensverhandlungen und über eine dort von der Delegierten der russischen Regierung abgegebene Erklärung falsche Nachrichten verbreitet?

Eine so scharfe Kritik - eine Kritik, die die moralische Verhandlungsfähigkeit der vor kurzem noch verhimmelten, von Lebedour als Gefinnungsgenossen in Anspruch genommenen Bolschewiki lächerlich leugnet...

Soziales

Die "Volksfürsorge" im Jahre 1917.

Die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsanstalt "Volksfürsorge" ist inmitten der Schrecknisse des Krieges nicht nur stark geblieben, sondern hat sich kräftig entwickelt...

Der erragliche Bestand der Organisation zeigt sich auch in dem Erfolge der Werbearbeit im abgelaufenen Jahr. Es sind im ganzen 38 966 neue Anträge eingebracht worden...

Die Leistungen der "Volksfürsorge" konnten durchweg glatt erledigt werden. Es waren im ganzen Jahre 1894 Sterbefälle gemeldet für die 148 331,75 RM. zur Auszahlung gelangten...

Das geschäftliche Ergebnis des Jahres 1917 dürfte sich wohl als ein glänzendes erweisen. Die "Volksfürsorge" wird durch die gesteigerte Zahl der Versicherungen und den erfreulichen ungefähren Fortgang der Prämienzahlung für die früher abgeschlossenen Versicherungen eine wesentliche Erhöhung der Prämienentnahme erreichen...

So der "Volksfürsorge"-Kriegsversicherungsanstalt wurden bis zum 18. Januar 1917 für 58 988 Kriegsteilnehmer 20 237 Invalide erworben und dafür 451 185 RM. einbezahlt.

Welt sie nicht Schauspielerin werden konnte. In Bebra verließ die sechzehn Jahre alte Tochter des Pferdehändlers Goldschmidt, Helene Goldschmidt, Selbstmord...

Mordversuch in L. im Norden. In der nördlichen Umgegend Berlins ist an eine alleinlebende Frau ein Verbrechen verübt worden. Die Leiterin der Stieblerhalle von Thomsen in der Kantowstraße 20, eine 35 Jahre alte Frau Hoffmann...

Flucht aus dem Berliner Kriminalgericht. Aus dem Gefängnis ist ein gefährlicher Hehler, der 39 Jahre alte, aus Pflaum gebürtige Porzrätthändler Hugo Luft, der zuletzt in der Reuterstraße 51 in Berlin ein möbliertes Zimmer bewohnte...

Schwerer Straßenbahnunfall in Berlin. Als am Nachmittag ein Wagen der Linie B die abschüssige Hauptstraße in Schöneberg herunterkam, fuhr er eilem die Straße kreuzenden Wagen der Linie Bs mit voller Wucht in die Flanke...

Springflut in Australien. Brisbane, 25. Januar. (Reuter.) Der Hafenmeister von Madag meldete dem Marine-Ministerium drahtlos, ein Cyclon und eine Springflut befallen den Hafenplatz. Bisher sind 14 Tote geborgen...

Brand in einer Volksschule. Königshütte, 30. Jan. Dem "Oberschlesischen Kurier" zufolge entstand heute vormittag in einer Volksschule ein kleiner Kellerbrand. Hierdurch entstand in der von 1600 Schülern besuchten Schule eine Panik...

Die größte Dampfmühle Wiens niedergebrannt. Die größte Dampfmühle Wiens, die von Kaiser-Ebersdorf, ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag mit ihren gesamten Vorräten an Getreide und fertigen Mahlprodukten vollständig niedergebrannt...

Plünderung eines Kaffeehanes in Brest. Eine Bande von Anamitern und indochinesischen Arbeitern griff in Brest das Café Larvor an, plünderte es vollständig und verlegte die Anwesenden schwer...

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller
Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschklaff
Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Jadel-Berlin
Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterfrage. Von Dr. Fröhlich
Heft 6. Das Schweißband. Von Dr. Silberstein
Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Geber
Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
Heft 9. Wie soll mir uns kleiden? Von Dr. D. Bernstein
Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein
Heft 11. Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Theising
Heft 12. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter
Heft 13. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von C. Jordan
Heft 14. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse
Heft 15. Jägde und Jahnspflege. Von Gertrud Rewald
Heft 16. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen
Heft 17. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein
Heft 18. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Rauber-Mannheim
Heft 19. Die Proletariatskrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung. Verhütung und Heilung. Von Dr. Jadel-Berlin
Heft 20. Atemgymnastik. Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen
Heft 21. Haut- und Haarpflege. Von Dr. B. Chajes-Berlin
Heft 22. Wie hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. E. Rehfisch
Heft 23. Die Hygiene der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hülig-Samburg
Heft 24. Die Schmarotzer des Menschen. Von Dr. M. Lipshütz
Heft 25. Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens. Sport und Arbeiter. Von Dr. Silberstein
Heft 26. Die Jahre der Geschlechtsreife. Von Dr. Popih-Lepzig
Jedes Heft kostet 25 Pfennig.
Gute Ausgabe auf holzfreiem Papier jedes Heft 50 Pfg.
Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich.
Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigelegt.

...ussland müsse von unverzähliger Dummheit und unglückseligem Trost erfüllt sein, wenn es in Wilsons Friedenspolitik eine geeignete Verhandlungsgrundlage nicht erkenne.

Die Zahl dieser wird wachsen, die Deutschland die Schuld an der Fortdauer des Krieges zuschreiben, wenn es nicht bald zum Frieden kommt.

Niemand wird uns im Ernst zuzuhören, die Bedingungen Wilsons unbedenken anzunehmen.

Doch dies geschieht, will auch in Deutschland niemand, kein Mensch will es. Aber Verhandlungen werden ja doch geführt, um eine Verständigung zu erzielen. Diese Punkte akzeptiert man, jene lehnt man ab, über das Ganze einigt man sich. Wäre dem nicht so, so müßte ja jeder Schritt bis zum Weisbluten geführt werden. Wenn wir uns mit den Gegnern an einen Tisch setzen und sie stellen uns Forderungen, zu denen wir sagen Nein, was werden dann die Gegner tun? Sie werden sich überlegen, ob sie uns zwingen können, diese Forderungen zu erfüllen. Und wenn sie einsehen, daß sie das nicht können, dann werden sie darauf verzichten.

Man muß auf beiden Seiten auf Illusionen verzichten, deren weitere Verfolgung noch Ströme von Blut kosten wird.

Man wird Frieden schließen müssen auf dem Boden stetig gezeigter Tatkraft. Und die sind so, daß weder wir noch die anderen irgendwelche Vergewaltigungsabsichten durchsetzen können. Wir erleben jetzt auch noch, um das nicht zu vergessen, das seltsame stamische Spiel, also ein Gegenstück im Westen zu Kurland. Lassen Sie die Finger davon.

Die volle ehrliche Wiederherstellung Belgiens, auch seiner staatlichen Selbständigkeit ist unsere Ehrenpflicht.

Wir stehen zu dem, was der Reichskanzler Bethmann-Hollweg darüber am 4. August 1914 gesagt hat. Ich hätte dringend gewünscht, daß der Reichskanzler in Bezug auf Belgien ganz klar und offen gesagt hätte: wir sind bereit, es herauszugeben, natürlich unter der

Voraussetzung, daß die Gegner ihrerseits die Pläne auf die Umfassung der deutschen Integrität ausgeben. Genau mit demselben Recht, mit dem der Reichskanzler die belgische Angelegenheit nicht vorwegnehmen lassen will, können die Gegner sagen, daß sie die Frage der deutschen Integrität (hier kommt auch die Kolonialfrage in Betracht) nicht vorwegnehmen lassen, solange sich nicht Deutschland zur Herausgabe Belgiens bereit erklärt hat. Auf diese Weise kommen wir keinen Schritt vom Fied. Ich muß leider von der Rede des Reichskanzlers sagen, daß aus ihr mehr ein gelehrter Staatsjurist und zünftiger Diplomat spricht, denn ein großer Staatsmann, der sich die Aufgabe gestellt hat, der blutenden Welt den heißersehnten Frieden zu bringen. Gehen wir einem Versuch nicht aus dem Wege, der der Welt ohne neue Opfer vielleicht das Ende aller Greuel bringen könnte! Wir müssen alles tun, um die für die Frühjahrsstämpfe Gezeichneten, zu retten.

Wir müssen alles tun, was mit der Ehre und der Zukunft des Reiches vereinbar ist, um der Menschheit neue Massenopfer zu ersparen. Vergessen Sie auch dies nicht:

Die Stimmung der Massen ist sehr ernst. Die Ernährungsschwierigkeiten sind bei uns gewiß nicht geringer als in England und Frankreich.

Das Treiben der Reaktion im preußischen Abgeordnetenhaus steigert den Konfliktsstoff in bedenklicher Weise. Darüber muß vollständige Klarheit geschaffen werden. Lassen Sie die Verhandlungen im Offen scheitern und werden die Erwartungen im Westen geküßelt, was dann? Ich will diese Gedanken nicht weiter ausspinnen, aber dies sagen:

Wir Sozialdemokraten wollen alles tun für unser Volk und unser Land.

Aber wir werden nie daran denken, unsere Haut für eine Regierung zu Markte zu tragen, von der wir vielleicht die Ueberzeugung gewinnen müßten, daß sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt. (Webster Beifall b. h. Soz.)

ein Schreiben des ukrainischen Volkskongresses vom 11. Januar 1918. Der ukrainische Volkskongress hat für den öffentlichen Unterhalt der ukrainischen Bevölkerung im Erhalten der ukrainischen Freiheit, der Unabhängigkeit und der Souveränität der Ukraine. Der Volkskongress hat die ukrainische Regierung gebildet.

Doch dem ukrainischen Volkskongress sollte der Präsident von Vorkursen sämtlicher Delegationen, den Abgeordneten der Ukraine, sowie Abgeordneten der Kammer der Abgeordneten und Schachrai, sowie folgenden Briefes zu:

Indem wir Ihnen Abschrift der Erklärung der Delegierten der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung überlegen, geben wir uns die Ehre, Ihnen mitzutheilen, daß die russische Delegation übereinstimmend mit dem anerkannten Rechte aller Völker einschließlich der ukrainischen, über ihr Schicksal zu bestimmen, bereit ist, über einen allgemeinen Frieden zu verhandeln, zusammen mit den Vertretern der Ukraine. Vereinstimmend mit ihrem Wunsch, läßt die russische Delegation sie als bevollmächtigte Vertreter der ukrainischen Bauern- und Arbeiterregierung zu. In dieser Erwägung sehen wir die unterbrochene Sitzung des Sonderausschusses fort.

Der Präsident der russischen Delegation, Toffe.

Man wird Frieden schließen müssen auf dem Boden stetig gezeigter Tatkraft. Und die sind so, daß weder wir noch die anderen irgendwelche Vergewaltigungsabsichten durchsetzen können. Wir erleben jetzt auch noch, um das nicht zu vergessen, das seltsame stamische Spiel, also ein Gegenstück im Westen zu Kurland. Lassen Sie die Finger davon.

Die volle ehrliche Wiederherstellung Belgiens, auch seiner staatlichen Selbständigkeit ist unsere Ehrenpflicht.

Wir stehen zu dem, was der Reichskanzler Bethmann-Hollweg darüber am 4. August 1914 gesagt hat. Ich hätte dringend gewünscht, daß der Reichskanzler in Bezug auf Belgien ganz klar und offen gesagt hätte: wir sind bereit, es herauszugeben, natürlich unter der

Voraussetzung, daß die Gegner ihrerseits die Pläne auf die Umfassung der deutschen Integrität ausgeben. Genau mit demselben Recht, mit dem der Reichskanzler die belgische Angelegenheit nicht vorwegnehmen lassen will, können die Gegner sagen, daß sie die Frage der deutschen Integrität (hier kommt auch die Kolonialfrage in Betracht) nicht vorwegnehmen lassen, solange sich nicht Deutschland zur Herausgabe Belgiens bereit erklärt hat. Auf diese Weise kommen wir keinen Schritt vom Fied. Ich muß leider von der Rede des Reichskanzlers sagen, daß aus ihr mehr ein gelehrter Staatsjurist und zünftiger Diplomat spricht, denn ein großer Staatsmann, der sich die Aufgabe gestellt hat, der blutenden Welt den heißersehnten Frieden zu bringen. Gehen wir einem Versuch nicht aus dem Wege, der der Welt ohne neue Opfer vielleicht das Ende aller Greuel bringen könnte! Wir müssen alles tun, um die für die Frühjahrsstämpfe Gezeichneten, zu retten.

Wir müssen alles tun, was mit der Ehre und der Zukunft des Reiches vereinbar ist, um der Menschheit neue Massenopfer zu ersparen. Vergessen Sie auch dies nicht:

Die Stimmung der Massen ist sehr ernst. Die Ernährungsschwierigkeiten sind bei uns gewiß nicht geringer als in England und Frankreich.

Das Treiben der Reaktion im preußischen Abgeordnetenhaus steigert den Konfliktsstoff in bedenklicher Weise. Darüber muß vollständige Klarheit geschaffen werden. Lassen Sie die Verhandlungen im Offen scheitern und werden die Erwartungen im Westen geküßelt, was dann? Ich will diese Gedanken nicht weiter ausspinnen, aber dies sagen:

Wir Sozialdemokraten wollen alles tun für unser Volk und unser Land.

Aber wir werden nie daran denken, unsere Haut für eine Regierung zu Markte zu tragen, von der wir vielleicht die Ueberzeugung gewinnen müßten, daß sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt. (Webster Beifall b. h. Soz.)

ein Schreiben des ukrainischen Volkskongresses vom 11. Januar 1918. Der ukrainische Volkskongress hat für den öffentlichen Unterhalt der ukrainischen Bevölkerung im Erhalten der ukrainischen Freiheit, der Unabhängigkeit und der Souveränität der Ukraine. Der Volkskongress hat die ukrainische Regierung gebildet.

Doch dem ukrainischen Volkskongress sollte der Präsident von Vorkursen sämtlicher Delegationen, den Abgeordneten der Ukraine, sowie Abgeordneten der Kammer der Abgeordneten und Schachrai, sowie folgenden Briefes zu:

Indem wir Ihnen Abschrift der Erklärung der Delegierten der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung überlegen, geben wir uns die Ehre, Ihnen mitzutheilen, daß die russische Delegation übereinstimmend mit dem anerkannten Rechte aller Völker einschließlich der ukrainischen, über ihr Schicksal zu bestimmen, bereit ist, über einen allgemeinen Frieden zu verhandeln, zusammen mit den Vertretern der Ukraine. Vereinstimmend mit ihrem Wunsch, läßt die russische Delegation sie als bevollmächtigte Vertreter der ukrainischen Bauern- und Arbeiterregierung zu. In dieser Erwägung sehen wir die unterbrochene Sitzung des Sonderausschusses fort.

Der Präsident der russischen Delegation, Toffe.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Wiederbeginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk

W. L. B. Brest-Litowsk, 29. Januar. Im Laufe des gestrigen Tages sind in Brest-Litowsk eingetroffen: Am Nachmittag der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Czernin mit den übrigen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation, am Abend Staatssekretär v. Kühnmann und der bayerische Staatsminister und ehemalige Ministerpräsident Graf v. Podewils mit Begleitung, ferner Großwestr Lalaat Pascha, Minister des Aeußern, Kassim Bey, Botschafter Hakti Pascha mit einigen anderen türkischen Herren, endlich Teile der bulgarischen Delegation mit Oberst Gantschew an der Spitze heute vormittag gegen 11/2 Uhr ist auch Volkskommissar Trozki in Brest angekommen. Auf russisches Ersuchen wurde die für heute anberaumt gewesene Sitzung der politischen Kommission auf morgen vertagt.

Verhandlungen der Petersburger Kommissionen

W. L. B. Berlin, 26. Januar. Ueber die bisherigen Verhandlungen der in Petersburg auf Grund der Zusatzbestimmungen der zum Brest-Litowsk-Vertrag tagenden Kommission wird nachfolgendes berichtet:

Nach der Ankunft der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation begann die Petersburger Kommission am 1. Januar die Sitzungen und führte, verstärkt durch nachträglich eingetroffene bulgarische und türkische Delegierte, die Verhandlungen in zwei Unterkommissionen, einer für Gefangenensachen, einer für wirtschaftliche Fragen. Die Gefangenensachkommission beschäftigte sich mit der Heimbeförderung der Zivilpersonen, der Invaliden und Kriegsgefangenen und mit der Behandlung der zurückbleibenden Kriegsgefangenen. Daneben bildete einen wesentlichen Verhandlungspunkt die wichtige Frage der Transportmittel und Wege für den Austausch der Gefangenen. In dieser Frage wurde russischerseits bereitwillig Entgegenkommen geäußert. Nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse in Rußland kann indessen noch nicht bestimmt darauf gerechnet werden, daß sich die für den Austausch wünschenswerte Einrichtung regelmäßiger Transporte auf dem Landwege schon bald verwirklichen lassen wird.

In der Frage des Invaliden-austausches wurde auf der Grundlage der früheren Vereinbarungen des nicht zur Ratifikation gelangenen Kopenhagener Protokolls ein wesentlicher Einvernehmen erzielt. Dagegen kam es hinsichtlich des Austausches von Zivilpersonen bisher zu einer Verständigung über den Kreis der Austauschenden noch nicht. Immerhin wurde schon im beschränkten Umfang mit der Heimbeförderung begonnen.

Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art traten ferner bei den Beratungen über die Behandlung der Kriegsgefangenen auf. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß die russische Delegation mehr auf die Genährung politischer und sozialer Vorteile für die Kriegsgefangenen Wert legt, als auf die Hebung der materiellen Lage. Den übrigen Delegationen kommt es dagegen mit Rücksicht darauf, daß sich die Mehrzahl der Kriegsgefangenen in Rußland in schwerer Nothlage befinden, hauptsächlich auf deren Beseitigung an. Nach dieser Richtung werden von den Delegationen der Verbündeten alle in der Reichweite der Möglichkeit liegenden Schritte unternommen. Die Wirtschaftskommission beschränkte sich zunächst auf die Verhandlung über die

über die Punkte, an denen die Wiederherstellungsarbeiten begonnen werden sollten, konnte indessen noch nicht erfolgen, da die Berichte der an die Front entsandten russischen Kommission noch nicht vorliegen. Das Zustandekommen fester Abmachungen über die Wiederaufnahme des ordnungsmäßigen Betriebs auf den Verbindungslinien, von denen die Schnelligkeit der Heimbeförderung der Kriegs- und Zivilgefangenen und die Wiederaufnahme des regelmäßigen Postverkehrs wesentlich abhängt, wird hoffentlich nicht allzu lange auf sich warten lassen. Die Zensurfrage, die für die noch im Kriege befindlichen Zentralmächte eine besondere Bedeutung hat, ist beiderseits als interne Angelegenheit der vertragsschließenden Staaten anerkannt.

Der bisherige Gang der Verhandlungen der Wirtschaftskommission läßt hoffen, daß eine den Interessen beider Parteien rechnungstragende Vereinbarung über die in Behandlung genommenen Materien zustande kommen wird, und daß auch deren Ueberleitung in die Praxis trotz mancher nicht zu verkennenden Schwierigkeiten dann ohne großen Zeitverlust vorstatten gehen wird.

Trozki's Ablehnung des Sonderfriedens

Zur Erklärung Trozki's, daß die russische Delegation ihre Forderungen nicht preisgeben und keinen Separatfrieden schließen werde, heißt es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in einer redaktionellen Bemerkung: Es erscheint uns doch recht fraglich, ob die Versprechungen Trozki's, daß die Revolution den Frieden am sichersten herbeiführen werde, der großen Masse des russischen Volkes eine ausreichende Bürgschaft für die Befriedigung ihres Friedensverlangens ist. Sie weiß jedenfalls, daß die Mittelmächte in ehrlicher Friedensbereitschaft an der Fortsetzung der Verhandlungen herangehen. Man wird guttun, abzuwarten, ob die Magimalisten wirklich das Risiko der Enttäuschung des russischen Friedensverlangens zugunsten ihrer revolutionären Propaganda auf sich nehmen werden.

Trozki's Erwartungen

Stockholm, 29. Januar. Nach einer P. L. A.-Meldung erklärte Trozki auf dem dritten allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede Folgendes: Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierung ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für die gemeinsame Sache und wir werden siegen.

Wirtschaftliche Beziehungen

München, 28. Januar. („Tägl. Rundschau.“) Beim Wiederbeginn der Handelsbeziehungen mit Rußland wird in erster Linie darauf hingearbeitet werden, die großen Getreidevorräte, die in den Häfen des Schwarzen Meeres lagern, — es sollen mehr als 100 000 Tonnen sein — nach Deutschland zu bringen. Zu diesem Zweck wird, wie aus Wien nach München gemeldet wird, ein Getreideyndikat angestrebt, das aus deutschen, österreichischen und ungarischen Vertretern gebildet werden soll.

Wechsel in der Vertretung der Ukraine

Stockholm, 28. Januar. P. L. A. veröffentlicht folgende Erklärung der Vertreter der Bauern- und Arbeiterregierung der Ukraine zu Brest-Litowsk:

Wir Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik, Schachrai Sekretär für die militärischen Angelegenheiten des Volkes, Medwediew, Präsident des ausführenden Zentralschusses der ukrainischen Sowjets, abgeordnet nach Brest-Litowsk zu Friedensverhandlungen, erklären zusammen mit den Vertretern der russischen Bundesrepublik, daß das Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada nicht als Vertretung des gesamten ukrainischen Volkes anerkannt werden kann. Jemand der Arbeiter, der Bauern und Soldaten der Ukraine erklären wir, daß alle von dem Generalsekretariat ohne unsere Zustimmung gefassten Beschlüsse durch das ukrainische Volk nicht anerkannt werden und keineswegs durchgesetzt werden können. Wir machen gemeinsame Sache mit der Abordnung der Regierung der Bauern und Arbeiter Rußlands auf der Friedenskonferenz und nehmen an der russischen Delegation teil. Wir nehmen die von dem ausführenden Zentralschuss der Sowjets am 12. Januar 1918 gefasste Entschliessung zur Kenntnis. Der Zentralschuss ernannte als Abgeordnete für die Friedensverhandlungen: als Präsidenten Kamerad Medwediew, als Volkssekretäre Scharanetz und Schachrai und beauftragte sie bei den Friedensverhandlungen kategorisch zu erklären:

Alle von der Zentralrada namens des ukrainischen Volkes gefassten Beschlüsse sind Beschlüsse der ukrainischen Bourgeoisie, gegen den Willen und die Interessen der Arbeiterklasse zu handeln. Keinz von der Rada eingegangene Verpflichtung wird von den Sowjets des ukrainischen Volkes anerkannt werden.

Die Regierung der Bauern und Arbeiter der Ukraine erkennt die Volksbeauftragten als Vertreter der Macht der russischen Sowjets an und erkennt ihnen das Recht zu, die gesamte russische Föderation zu vertreten. Die Delegation der Regierung der Arbeiter und Bauern der Ukraine wünscht die totale Politik der Rada zu enthalten und gemeinsam mit der russischen Delegation vorzugehen. Beigefügt ist

Deutschland

Sozialdemokratischer Friedens-Wahltag

Die politische Korruption der „Vaterlandspartei“ glänzend gechlagen

So stellt sich das Ergebnis der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis Bauen zwischen dem Sozialdemokraten und dem Vaterlandsparteiler dar. Die historische Bedeutung dieses Waffenganges läßt sich heute noch nicht voll ermessen. Dieser ehrene Volkspruch, der aus einem bisher konservativ-antidemokratischen Wahlkreis den eroberungsfanatischen „Vaterlandsparteiler“ entfernte und durch einen Sozialdemokraten, der den Verständigungsfrieden will, ersetzte, zerstreut allen telegraphisch erzeugten „vaterlandsparteilichen“ Schwindelnebel. In Bauen sprach das Volk direkt. Und seine Stimme werden alle hören müssen, denen es notwendig ist.

Im Jahre 1912 mußte leider festgestellt werden, daß die bei der Hauptwahl festgestellte Mehrheit der Sozialdemokraten und liberalen Stimmen den Sieg der Antidemokraten nicht zu verhindern mochte. Diesmal sind die Fortschrittler sich ihrer politischen Pflicht bewußt gewesen! Der Sieg der Sozialdemokratie wurde durchgeföhrt, obwohl die „Vaterlandspartei“ sich große Hoffnungen auf die nationalliberalen Teile der fortschrittlichen Wählererschaft gemacht hat. Trozdem siegte Genosse Uhlig nach einem uns zugegangenen Privattelegramm mit 9661 gegen 8763 konservativ-„vaterlandsparteilichen“ Stimmen! Nach der amtlichen Feststellung fielen bei der Hauptwahl auf den konservativen „Vaterlandsparteiler“ 6986 Stimmen, auf den Sozialdemokraten 6451 Stimmen und auf den Fortschrittler 3520 Stimmen. Die Parteien der Reichstagsmehrheit des Verständigungsfriedens erhielten damals zusammen 9971 Stimmen. Genosse Uhlig bleibt mit seinen jetzigen 9661 Stimmen verhältnismäßig wenig hinter dieser Zahl zurück.

Die Bauener Wahl hat den letzten sächsischen Wahlkreis in den Besitz der Sozialdemokratie gebracht, der noch nie sozialdemokratisch vertreten gewesen ist! Dem Banner der Zukunft, das selbst in Bauen und gerade jetzt gehißt wurde, wird der Sieg in Deutschland bleiben!

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland für Verständigungsfrieden und gleiches Wahlrecht

Eine am 26. Januar in Berlin abgehaltene Sitzung des Vorstandes, Arbeitsbeirats und Arbeitsausschusses des Volksbundes für Freiheit und Vaterland erläßt folgende Kundgebung:

Vorstand, Arbeitsbeirat und Ausschuss des Volksbundes für Freiheit und Vaterland begrüßen in ihrer aus allen Teilen Deutschlands belicheten Tagung am 26. Januar mit besonderer Freude die Erklärung des Staatssekretärs v. Kühnmann vom 25. Januar 1918, daß volles Einverständnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrsche. Der Volksbund verurteilt aufs entschiedenste alle Treibereien, die geeignet sind, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu stören. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat nichts zu tun mit derartigen Machenschaften. Im Verein mit seinen Bundesgenossen tritt es für Beendigung des Weltkrieges durch ehrliche Verständigung mit den Gegnern ein.

Nichts würde die innere Einigkeit des Volkes mehr stärken als eine rasche Erledigung der preußischen Wahlreform auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts. Die Vorkänge im Ausschuss des preußischen Abgeordnetenhauses müssen den Eindruck einer absichtlichen Verkleinerung hervorzurufen und sind geeignet, härteste Empörung in den weitesten Volksteilen zu erwecken.

Zunächst bedauert der Volksbund für Freiheit und Vaterland, daß die Forderungen des Reichstages auf freier Verhandlung der Zensur und des Vereins- und Versammlungswahlrechts bisher bei den beteiligten Stellen kein Gehör gefunden haben. Die Mitbestimmung dieser Forderungen hat ohne Zweifel die Stimmung der freiesten Volksschichten in sehr ungünstiger Weise beeinflußt.

Ueber die Wahlrechtsüberdehmmung

Berlin, 29. Januar. Im Wahlrechtsausschuss des Abgeordnetenhauses wurde heute zunächst über den konservativen Antrag zu § 2 der Herrenhausvorlage verhandelt. Danach sollen auf Lebenszeit in Mitberrath des Herrenhauses berufen werden: 1. Die beiden Prinzen des königlichen Hauses, die nach erreichter Volljährigkeit vom König berufen werden. Derjenige, welcher die Prins der der Krone nächsten steht, soll der erstere Volljähriger stets berufen werden.

Wiederherstellung der Verkehrsmittel.

und Wege zwischen den vertragsschließenden Ländern, da nach russischer Ansicht die Lage der Verhältnisse die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen noch nicht zuläßt. Teils in Unteransuchungen, teils in Vollsitzungen wurde über das Wiederanbringen des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs eingehend verhandelt. Vorhersehlich der Zustimmung der beiderseitigen Regierungen würde nunmehr ein grundsätzliches Einvernehmen über die möglichst baldige Wiederaufnahme des direkten Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs durch die Front erzielt. Hierbei wurden die technischen Möglichkeiten der sich aus der militärisch-politischen Lage als notwendig ergebenden Einschränkungen berücksichtigt. Durch die

Einführung von Fachkommissionen an den Uebergangspunkten soll die Ausführung der beschlossenen Maßnahmen und nach Bedarf in Aussicht genommene Ausdehnung der Verkehrseinrichtungen sichergestellt werden.

Auf dem Gebiete der Post ist eine Einigung darüber erzielt, daß der

Brief- und Paketverkehr durch die Front im allgemeinen zuzulassen sei. Diese Abmachung bedeutet zugleich eine wesentliche Besserung der Lage der Gefangenen, die nun auf den schnelleren Empfang ihrer Post werden rechnen dürfen als bisher. Die Beförderung von Drucksachen unterliegt noch gewissen Einschränkungen und die Verhandlungen über die Wiedereinführung des Postanweisungsverkehrs, sind noch nicht abgeschlossen, versprechen aber auch ein günstiges Ergebnis.

Einverständnis ist darüber erzielt, daß Privattelegramme, zu denen auch Brieftelegrame zu rechnen sind, wieder allgemein befördert werden dürfen.

Für den Eisenbahnverkehr kommt es darauf an, den im Kriege abgegangenen Anschluß der beiderseitigen Bahnlinien wieder herzustellen. Die grundsätzliche Zustimmung zur Aufnahme der erforderlichen Arbeiten wurde russischerseits gegeben. Eine beiderseitige Einigung

2. Der Herzog von Hohenzollern-Sigmaringen, die Oberin des im Jahre 1886 besetzten Schloßes, der Herzogin von Schleswig-Holstein-Augustenburg, sowie die Häupter der noch bestehenden Bundesratsektionen vom 8. 7. 1815 zur Standhaftigkeit berechtigten vorläufigen deutschen Reichshändlichen Häuser in Preußen, sowie die Könige berufen wurden. Der Minister des Innern erklärte, daß er diesen Antrag für eine geeignete Grundlagelasse halte, daß sich aber die Staatsregierung ihre Stellungnahme vorbehalten müsse. Ein fortgeschrittener Abgeordneter beantragte, daß die Berufung nicht auf Lebenszeit, sondern nur auf 12 Jahre erfolgen solle. Die §§ 2 und 3, Berufung auf Grund der Präsentationen, wurden schließlich einer Unterausschuss überlassen.

Oesterreich-Ungarn

Parteiwirren in Ungarn

Die mit jedem großen Arbeiterausstand verbundenen persönlichen Meinungsdivergenzen zeigen bereits in Budapest ihre Folgen. Der gesamte Vorstand der ungarischen Sozialdemokratischen Partei hat sich veranlaßt, sein Amt niederzulegen. Eine Versammlung der Vertrauensmänner der Partei hat der Parteileitung einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen und sie aufgefordert, im Amt zu verbleiben. Die Parteileitung beharrte jedoch auf ihrem Rücktritt. Infolgedessen ist für den 10. Februar eine Parteiversammlung zur Wahl einer neuen Parteileitung einberufen worden.

Rußland

Die Konstituante gegen die Friedens-Vergögerung

Wien, 28. Januar. („Vol.-Anz.“) Die sozialrevolutionären Mitglieder der aufgelösten Konstituante haben eine Proklamation an das russische Volk erlassen, die mit dem Satz beginnt: „Das Land braucht den Frieden.“ Sodann wird ausgeführt, daß die Bolschewiki keinen Frieden gebracht und daher die Erwartungen der Armee getäuscht hätten. Es müsse sofort eine aus wirklichen Bevollmächtigten zusammengesetzte Kommission mit weitestreichenden Kompetenzen gebildet werden, um un verzögerlich einen ehrlichen und demokratischen Frieden zu bewerkstelligen. Das stehende Heer sei aufzulösen und die Grenzverteidigung Freiwilligen zu übertragen.

Die Lage in Rußland

beurteilt die „Wiener Arbeiterzeitung“ in Uebereinstimmung mit uns in ihrer Nummer 22 am 24. Januar so: „Die Tatsache, daß die Arbeiterregierung das demokratische Parlament austauschert, beweist, daß die Mehrheit im Lande gegen sie steht. Aber der Sozialismus kann nur durch die Demokratie, nicht gegen die Demokratie siegen. Die proletarische Revolution kann nach dem berühmten Worte von Karl Marx nur siegen als „Revolution der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit“. nicht als bewaffnete Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. Der Versuch, die Diktatur des industriellen Proletariats gegen den Willen der bäuerlichen Volksmehrheit aufzurichten, hat nie anders geendet als mit der Diktatur eines Cromwell, eines Bonaparte oder eines Gambetta. Wollen wir uns nicht in Selbsttäuschung wiegen, so dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß dem russischen Proletariat der schwerste, der entscheidende Kampf noch bevorsteht.“

Bruch zwischen Rußland und Rumänien

Petersburg, 28. Januar. Nach einem Petersburger Funkspruch brach die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien ab. Die rumänische Gesandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgeschoben. Der Goldschatz Rumäniens, der in Rostau liegt, wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie erklärt. Die Räteregierung übernimmt für die Aufbewahrung dieses Goldes und die Uebergabe an das rumänische Volk die Verantwortung. General Lecherbatschew wird als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt.

Gegensätze bei den Bolschewiki

Stockholm, 29. Januar. („Kriegszeitung.“) Nach Mitteilungen aus Petersburg wird der Kongreß der Bolschewiki demnächst die Lage der Friedensverhandlungen diskutieren. Man kann bereits heute sagen, daß dabei drei verschiedene Richtungen zur Sprache kommen werden. Die erste empfiehlt mit Rücksicht auf die innere Lage sofortigen Friedensschluß unter für Rußland möglichst günstigen Bedingungen. Die

zweite will nicht den formellen Friedensschluß, doch auch nicht den Krieg fortsetzen, sondern den Status quo möglichst lange beibehalten, ein weiteres Vordringen der Deutschen verhindern und auf die fortschreitende Revolutionierung der Zentralmächte hoffen. Diese Richtung ist besonders durch die österreichischen Ereignisse gestärkt worden. Die dritte, welche die jüngsten linksstehenden Bolschewiki umfaßt, aber doch eine große Anhängererschaft hat, fordert den revolutionären Krieg. Wie die Abstimmungsverhältnisse auf dem Kongreß sich stellen werden, ist noch ganz ungewiß. Die Petersburger Zeitungen behaupten, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen Rumänien und den Zentralmächten stattfinden. Rumänien soll die Dobrudscha an Bulgarien abtreten und als Ersatz Bessarabien erhalten. Nach den Mitteilungen des ukrainischen Bureaus konnten infolge der Kriegsoperationen mit den Bolschewiki die Rada nicht zum angelegten Termin zusammentreten.

Zwiepsalt in Finnland

W. L. B. Kopenhagen, 28. Januar. „National Tidende“ meldet aus Stockholm: Die Lage in Finnland spitzt sich stündlich zu. Die beiderseitige Erbitterung wächst. Am letzten Donnerstag fand an Bord eines Kriegsschiffes in Helsingfors zwischen Mitgliedern der Regierung und dem sozialistischen Ausschuß der Ostflotte eine Zusammenkunft statt. Der Matrosenausschuß forderte vom Senat die Auslieferung der Waffen der Bürgergarde an die Rote Garde, andernfalls würde Helsingfors dem Erdboden gleichgemacht. Als die Sitzung um 4 Uhr morgens schloß, war es dem PräsidentenSwinhufvud gelungen, von den Anwesenden das Versprechen zu erhalten, zur Beruhigung der Gemüter beizutragen. Von den Zeitungen erscheint nur noch die der Roten Garde. Viele Rote Garbisten reisten nach Petersburg ab, um dort Waffennachschub zu erhalten.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
 Tag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
 Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. b. G. Pöniassberg 1. Br.

Abgabe von Lebensmitteln.

- Es werden verabfolgt:
- Von Montag, den 4. bis Sonnabend, den 9. Februar:**
 Auf die Marke 3 der Kartoffelkarte 4 Pfund und auf die Marke 4 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
 - Von Dienstag, den 5. bis Sonnabend, den 9. Februar:**
 a) Auf die Marke 40 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und K 40 der Lebensmittelkarte für Kinder je ein halbes Pfund Kunsthonig zum Preise von 75 Pfg. für das 1 Pfund-Paket und 73 Pfg. für das ausgewogene Pfund, erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zur Kundenliste erfolgt ist.
 Die gleiche Menge Kunsthonig ist auf die Marke 25 und K 25 der in den Nachbargemeinden Brentau, Emsau, Ohra, Bützgen, wien, Groß-Walddorf, Klein-Waldorf, Groß-Plehnendorf und Klein-Plehnendorf ausgegebenen Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den dortigen Geschäften, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, erhältlich.
 b) Auf die Marke 41 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und auf die Marke K 41 der Lebensmittelkarte für Kinder je 125 Gramm ausländisches Öbergemüse zum Preise von 3,10 Mark für das Pfund.
 Zum Bezuge der gleichen Menge Öbergemüse berechnen die Marken 26 und K 26 der in den obigen Nachbargemeinden geltenden Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder.
 - Von Mittwoch, den 6. bis Sonnabend, den 9. Februar:**
 a) Auf die Marke K 42 der Lebensmittelkarten für Kinder 125 Gramm Griech.
 Die gleiche Menge Griech ist auf die Marke K 27 der in den Nachbargemeinden verausgabten Lebensmittelkarten für Kinder, in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung zur Kundenliste erfolgt ist, erhältlich.
 b) Auf die Marke 42 der Lebensmittelkarten für Erwachsene 125 Gramm Mühlenenergiezeugnisse.
 Zum Bezuge der gleichen Menge Mühlenenergiezeugnisse in den Nachbargemeinden berechnen die Marke 27 der dortselbst ausgegebenen Lebensmittelkarten für Erwachsene.
 Die von den Händlern berechneten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.
 Danzig, den 31. Januar 1918. 27

Der Magistrat.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters

- Montag, 4. Februar, abends 7 Uhr:** „Die Südir“, Oper von Halévy.
Dienstag, 5. Februar, abends 7 Uhr: „Der Obersteiger“.
Mittwoch, 6. Februar, abends 7 Uhr: „Fuhrmann Henschel“ von G. Hauptmann.
Donnerstag, 7. Februar, abends 7 Uhr: „Fidelio“.
Freitag, 8. Febr., abds. 7 Uhr: „Sedda Sabier“ von Sjben.
Sonnabend, 9. Februar, nachm. 3 Uhr: „Schneewittchen“.
 Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind frei einzuführen. Abends 7 Uhr: „Wie die Kinder sangen“, Lustspiel von Niemann.
Sonntag, 10. Februar, nachm. 3 Uhr: „Schneewittchen“.
 Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind frei einzuführen. Abends 7 Uhr: Zum ersten Male: „Die toten Augen“, Oper von Eugen d'Albert.

Führer

durch das preussische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister

Preis 60 Pfennige

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht Danzig :: Paradiesgasse

Teilungs Fremdwörter
und politische Schlagwörter

verf. und herausg. von Adolf Braun

Ein Taschenbuch, das jeder in seinem Hause haben sollte

Buchhdlg. Volkswacht
Paradiesgasse 62

Billige Kurzwaren Mengenabgabe vorbehalten.

<p>Kragenstäbe Horn Dutzend 15.-</p> <p>Kragenstäbe mit Seide umspunnen Dutzend 25.-</p> <p>Druckknöpfe gute Qualität . . . Dutzend 12.-</p> <p>Druckknöpfe la. weiß u. schwarz, Dutzend 25.-</p> <p>Haken und Oesen Brief 15.-</p> <p>Mohair-Schutzborste Meter 25.-</p> <p>Stoßborste wollene . . . Meter 45.-</p> <p>Baumwollband schwarz und weiß . . . Stück 35.-</p> <p>Hosknöpfe . . . Dutzend 5.-</p> <p>Hosknöpfe Metall, Dutzend 6.-</p> <p>Hosen-Schnallen weiß u. schw. Dutz. 10.-</p> <p>Patent-Hosknöpfe Dutz. 15.-</p> <p>Stecknadeln Brief 7 5. 3 Brief 20.-</p> <p>Sicherheitsnadeln Dutzend 12.-</p> <p>Haarnadeln . . . Pack 8. 5.-</p> <p>Nähadeln 25 Stück . Brief 5.-</p> <p>Lockennadeln . . . Brief 12. 5.-</p>	<p>Tailenverschlüsse . . . 25.-</p> <p>Tailengurt gest. . . Meter 8.-</p> <p>Korsettschliesser Paar 40, 25.-</p> <p>Strumpfhalter für Kinder . 95.-</p> <p>Strumpfhalter für Dam., 1.45, 1.10</p> <p>Strumpfhalter Summi . 3.95</p> <p>Korsettsenkel gute Qual., 50, 30.-</p> <p>Ringband farbig . . . Meter 23.-</p> <p>Schuhsenkel Eisengarn, 3 Paar 1.00</p> <p>Schuhsenkel . . . Paar 23.-</p> <p>Rouleauschnur . . . Meter 10.-</p> <p>Schneider-Masse . . . 50, 35.-</p> <p>Schneider-Kreide . . . Stück 2.-</p>	<p>Zopfnetze . . . Stück 25, 10.-</p> <p>Stirnnetze extra gross . . 35.-</p> <p>Haubennetze Rosshaar . . 1.25</p> <p>Haubennetze echt Haar . . 1.35</p> <p>Seitenkämme . . . Stück 2.95, 1.95</p> <p>Zierkämme . . . Stück 3.25, 2.95</p> <p>Einsteckkämme Stück 2.25, 1.95</p> <p>Nackenkämme Stück 2.95, 2.25</p> <p>Haarspangen glatt . . . 90, 75, 60.-</p> <p>Haarspangen durchbr. 2.35, 1.95, 1.45</p> <p>Seitenspangen Stück 15, 10, 6.-</p> <p>Lilien-Champon 25.-</p> <p>Zanosan-Mundwasser . . . 95.-</p> <p>Harzer Gebirgstee Paket 58.-</p> <p>Papier-Spitzen 10 Mtr., Stck. 95, 65, 35.-</p> <p>Butterbrotpapier 100 Bog. 80.-</p> <p>Klosettpapier . . . Rolle 65.-</p> <p>Briefpapier 5 Bog., 5 Umschl., Mappe 20.-</p> <p>Briefpapier 25 Bog., 25 Umschl., „ 2.25</p>
--	---	--

Handwaschmittel „Ivo“ 75.-

gut schäumend, 10 Stück

Julius Goldstein Junkergasse 2, 3, 4 Lawendelgasse 4.

Berufskleidung

für jeden Handwerksbetrieb

<p>Monteur - Anzüge Schlosser - Jacken Schlosser - Hosen Koch - Anzüge Friseur - Jacken Friseur - Mäntel</p>	<p>Flüchler - Jacken Büchler - Kittel Maler - Kittel Kellner - Jacken Kellner - Schürzen</p>
--	--

empfehlen in reichster Auswahl zu äußerst mässigen Preisen

Walter & Fleck

Abteilung: Herrenkleidung

Feierstunden

für erwerbstätige Frauen und Mädchen aller Stände

7. Abend, Mittwoch den 6. Februar, abends 7 Uhr
in der Aula der Petrischule (Hansaplatz)

- Kriegsbericht des Landsturmgewaltigen Rose.
- Gemütliches Lied.
- Frau Len spricht über: Die Frau und die Krankenkasse (in Auspr.)
- Griechenorträge (Fräulein Leuz).
- Leute Mädchen, wie sie für ihre Schwesertochter einen Dienst such. (Fräulein Gersdorff).

Eintrittspreis 10 Pfennige. 25

Nationaler Frauenverein Danzig.

Schreiben Sie schlecht?

Dann behalten Sie sich das Werk „Schnellschönschreiben“ an. Auch die schlechteste Handschrift wird in wenigen Stunden dann klar und schön. 50000 Expl. verkauft. Franko 1 Mk. Nachm. 20 Pf. mehr

K. KULA, Berlin-Neukölln, Postfach 330.

Echt
getrocknet
garant. rein.

Schnupftabak

offiziell

Julius Gosda, Rohzeatgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik

Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Pfeistergasse 5. Fernspr. 2426

Trauer-

Hüte
in
reicher
Auswahl

Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen

Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Marienkirche